

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert.



SPD

Kraft der
Erneuerung.

„Bremer Entwurf“
für ein neues Grundsatzprogramm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Januar 2007



Inhaltsverzeichnis

	Vorbemerkung	3
1.	Die Zeit, in der wir leben	4
2.	Die Grundwerte der Sozialen Demokratie	9
3.	Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert	13
4.	Unsere Ziele, unsere Politik	15
4.1	Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung	15
4.2	Das soziale und demokratische Europa	22
4.3	Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat	26
4.4	Die Gleichstellung der Geschlechter	34
4.5	Neue Wertschöpfung und gute Arbeit	35
4.6	Der Vorsorgende Sozialstaat	43
4.7	Bildung in der lernenden Gesellschaft	50
4.8	Kinder und Familien stärken	54
4.9	Nachhaltiger Fortschritt	56
5.	Unser Weg	61

* *Inhaltsverzeichnis navigierbar*

Vorbemerkung

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Bürgerinnen und Bürger, der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat auf seiner Klausurtagung in Bremen den „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Er ist das Ergebnis einer langjährigen und intensiven Diskussion in der Programmkommission der SPD. Viele Anregungen und Impulse aus der Partei und der Gesellschaft haben Eingang in diesen Entwurf gefunden.

Doch die Diskussion ist keineswegs abgeschlossen. Das Jahr 2007 wird für die SPD das Jahr des Dialogs. Wir wollen die Mitglieder unserer Partei und die interessierte Öffentlichkeit einladen, diesen Entwurf zur Grundlage einer Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft zu machen. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger einladen, sich der SPD anzuschließen und für eine Politik der Sozialen Demokratie einzutreten.

Die wichtigen Themen liegen auf der Hand. In was für einer Gesellschaft wollen wir in Zukunft leben? Wie kann Politik den Prozess der Globalisierung sozial gerecht gestalten? Wie können wir hohen Wohlstand für alle ermöglichen und gleichzeitig die globalen ökologischen Risiken bewältigen? Welche neuen Chancen und Sicherheiten brauchen wir in einer Zeit stürmischer Veränderung?

Das neue Grundsatzprogramm der SPD wird das erste gesamtdeutsche Programm nach Gründung der Bundesrepublik. Es beschreibt den rasanten Wandel zu Beginn des neuen Jahrhunderts und formuliert politische Antworten auf Grundlage der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Der vorliegende Entwurf wird abschließend auf dem Bundespartei-tag der SPD in Hamburg vom 26. bis 28. Oktober 2007 beraten. Mit dem „Hamburger Programm“ stellt die SPD die Weichen für Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert.



Kurt Beck
Vorsitzender der SPD



Hubertus Heil
Generalsekretär der SPD

Bremen, im Januar 2007

1. Die Zeit, in der wir leben

Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert. Nie zuvor waren die Menschen weltweit so sehr aufeinander angewiesen. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Glück der Deutschen Einheit wurden die Zweiteilung unseres Landes und die politische Spaltung der Welt überwunden. Seither erleben wir den tiefsten geschichtlichen Umbruch seit der industriellen Revolution – politisch und wirtschaftlich, sozial und kulturell. Wissenschaft und Technik treiben den Wandel voran. Die Zukunft verheißt große Chancen und birgt zugleich Gefahren.

Digitalisierte Medien und andere technologische Entwicklungen haben die Bedeutung von Raum und Zeit revolutioniert. Immer mehr Menschen können via Internet in Sekundenbruchteilen überall auf der Welt miteinander kommunizieren. Informationen und Wissen sind an fast jedem Ort der Erde per Knopfdruck verfügbar. So entsteht zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit eine globale Wirtschaft mit einer weltweiten Arbeitsteilung.

Die Welt wächst zusammen

Die Globalisierung schafft Wachstum und Zukunftsperspektiven für die Menschen in reichen und armen Ländern. Und sie bietet die konkrete Chance, Krieg und Hunger, Krankheit und Armut zu überwinden. Noch leben Menschen in vielen Teilen der Welt in bitterer Not. Aber in China, Indien und vielen anderen Schwellenländern sind eine dynamische Entwicklung und zunehmender Wohlstand zu beobachten. Der wachsende Welthandel bringt unzähligen Menschen lang ersehnte Arbeit in neu entstehenden Fabriken und Labors.

Der globalisierte Kapitalismus darf jedoch nicht sich selbst überlassen werden. Er lässt alte Ungerechtigkeiten bestehen und schafft darüber hinaus neue Bedrohungen für Freiheit und Gerechtigkeit, Gesundheit und Leben.

Die Lebensbedürfnisse von sechs Milliarden Menschen, davon immer mehr in industriellen Gesellschaften, drohen die ökologische Belastbarkeit der Erde deutlich zu überschreiten. Ein wachsender Teil der Weltbevölkerung leidet an den Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre, unter Wüstenbildung und Wasserknappheit. Menschen aus Regionen, in denen ökologische Bedingungen zu Hunger führen, wandern in weniger gefährdete Teile der Welt. Der Schutz des Klimas und die friedliche Lösung der heraufziehenden Konflikte um knappe Ressourcen und Rohstoffe zählen zu zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Das Ende des Ölzeitalters rückt näher. Mit einer massiven Steigerung der Ressourcenproduktivität und dem konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien haben wir die Chance, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Im selben Maße, wie die Welt zusammenwächst, wird sie verwundbar wie nie zuvor – politisch, ökonomisch und ökologisch. In manchen Kontinenten zerfallen Staaten, und es entstehen Brutstätten für Anarchie und Terrorismus. Religiöse und politische Fundamen-

1 talisten teilen die Welt in Gut und Böse. Das bedroht den Frieden.
2 Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen löst
3 neue Konflikte aus.

4
5 Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenwachsen der
6 Welt bringt das politische System der Nationalstaaten unter erheb-
7 lichen Veränderungsdruck. Die wirtschaftliche Macht konzentriert
8 sich in global agierenden Unternehmen. Investitionsentscheidun-
9 gen werden im weltweiten Maßstab getroffen. Multinationale Kon-
10 zerne planen ihre Gewinnstrategien weltweit, unterlaufen demo-
11 kratische Aufsicht und Regulierung und erzwingen politische Ent-
12 scheidungen auf Kosten der Gesellschaft. Zentrale Entwicklungen
13 lassen sich nur noch mit gemeinsamen Entscheidungen vieler Staa-
14 ten beeinflussen. Europa ist auf diesem Weg weit fortgeschritten.

15
16 Nach zwei mörderischen Weltkriegen und dem Holocaust haben
17 die Völker Europas einen Kontinent des Friedens und der offenen
18 Grenzen geschaffen. Die friedlichen Revolutionen von 1989 haben
19 die Spaltung Europas in Ost und West überwunden. Die Deutsche
20 Einheit hat Freiheit und Demokratie für unser ganzes Land ge-
21 bracht. Auch wirtschaftlich ist die Entwicklung der neuen Bundes-
22 länder dank der Anstrengungen der Menschen in Ostdeutschland
23 und der Solidarität zwischen West und Ost vorangekommen. Nicht
24 nur in Deutschland, fast überall in Europa genießen die Menschen
25 Wohlstand und Lebensqualität wie nie zuvor.

26
27 Aber zugleich durchlebt Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern
28 eine Vertrauenskrise. Die Menschen in den europäischen Staaten,
29 auch in Deutschland, verlangen mehr Rücksichtnahme auf soziale
30 Belange, mehr Respekt vor den nationalen Identitäten und kulturel-
31 len Traditionen. Sie drängen auf eine verantwortungsvolle Steue-
32 rung der Einwanderung und ein überlegtes Vorgehen bei der Erwei-
33 terung der Europäischen Union.

34
35 Unser Europa ist nicht nur eine Friedensmacht, sondern auch ein zu-
36 kunftsfähiges Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell. Das vereinte
37 Europa ist das erste erfolgreiche Projekt, bei dem Nationalstaaten ih-
38 re Interessen bündeln und freiwillig auf zentrale Souveränitätsrechte
39 verzichteten, um gemeinsam zu handeln. Darum schauen so viele
40 Regionen der Welt mit Interesse und Bewunderung auf Europa.

41 42 **Die beschleunigte Wirtschaft** 43 **und der Umbruch der Arbeitswelt** 44

45 Deutschland gehört zu den Gewinnern der Globalisierung. Drei Mil-
46 liarden neue Teilnehmer an der Weltwirtschaft sind nicht nur drei
47 Milliarden mögliche Konkurrenten um Arbeitsplätze, sondern auch
48 drei Milliarden neue Konsumenten. Die deutsche Wirtschaft hat
49 dank großer Wettbewerbsvorteile vor allem in der Industrie riesige
50 Chancen. Schon in den vergangenen Jahrzehnten haben wir unse-
51 ren Wohlstand auf den Freihandel mit anderen Nationen gegrün-
52 det. Den Großteil unserer Exportwaren liefern wir in die Staaten der
53 Europäischen Union und nach Nordamerika. Unsere Ausfuhren
54 nach Osteuropa haben einen wachsenden Anteil. Russland, China
55 und Indien sind für uns noch kaum erschlossene Zukunftsmärkte.

1 Aber nicht jeder Mensch in unserem Land hat gewonnen. Arbeit-
2 nehmerinnen und Arbeitnehmer erleben, wie selbst florierende Un-
3 ternehmen verlagert werden. Anonyme Fondsmanager kaufen und
4 verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt –
5 nicht immer zum Wohle dieser Firmen, ihrer Belegschaften und ih-
6 rer Lieferanten und Kunden. Dem Finanzkapital erschließen sich
7 durch die Integration neuer Märkte und neuer Technologien im-
8 mense Renditemöglichkeiten. Die Logik des schnellen Profits und
9 überzogener Renditeforderungen führt allzu oft dazu, dass langfris-
10 tige Investitionen in neue Arbeitsplätze ausbleiben. Diese Form der
11 Globalisierung droht die Gesellschaft zu spalten: In jene, die mit ih-
12 rem Vermögen auf den Finanzmärkten profitieren und jene, die die
13 Folgekosten zu tragen haben.

14
15 Der Fortschritt durch technische Innovationen ersetzt schwere kör-
16 perliche Arbeit und ermöglicht Chancen für einen neuen Wohl-
17 stand. In der Medizin können wir Krankheiten besiegen, die früher
18 als unheilbar galten. Die durchschnittliche Lebenserwartung der
19 Menschen steigt beständig an. Neue Produkte, Verfahren und Me-
20 thoden helfen, kostbare Rohstoffe und Energie zu sparen.

21
22 Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem tief greifenden
23 Wandel. Der Wettbewerb wird unter den Bedingungen der Globali-
24 sierung schärfer, das Tempo der Innovationen steigt und die Vielfalt
25 der Beschäftigungsformen nimmt zu. Qualifikation und Wissen
26 werden immer wichtiger. Neue kreative Berufe entstehen. Das tra-
27 ditionelle Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregel-
28 ten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler
29 Menschen ist von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäfti-
30 gung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und Selbst-
31 ständigkeit bestimmt. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft ist ge-
32 staltbar. Aber der Sozialstaat ist auf die neuen Formen der Arbeit
33 noch nicht genügend eingestellt.

34
35 In der eng verflochtenen Welt des 21. Jahrhunderts haben viel mehr
36 Menschen und Ereignisse direkten Einfluss auf unser Leben – selbst
37 wenn sie nach unserem gewohnten Verständnis weit entfernt sind.
38 Darum erscheint uns die Welt immer schneller, komplexer und un-
39 übersichtlicher. Wenn Milliarden Menschen in Rekordgeschwindig-
40 keit miteinander kommunizieren, wächst nicht nur das Stimmen-
41 gewirr, sondern auch die Schwierigkeit, das Wichtige vom Unwichti-
42 gen zu unterscheiden.

43
44 Viele fühlen sich vom schnellen Takt der Zeit und von den neuen
45 Möglichkeiten überfordert. Sie fürchten, abgehängt und von der
46 Politik vernachlässigt oder gar vergessen zu werden. Ältere Arbeit-
47 nehmerinnen und Arbeitnehmer und Menschen mit geringer Qua-
48 lifikation werden überdurchschnittlich oft vom Arbeitsmarkt aus-
49 geschlossen. Auch Frauen haben trotz bester Bildungsabschlüsse
50 immer noch keinen fairen Zugang zum beruflichen Aufstieg und
51 häufig auch nicht zu Existenz sichernder Erwerbsarbeit. Wer Arbeit
52 hat, sieht seine Lebensqualität häufig durch steigenden Druck,
53 mehr Konkurrenz und das Verlangen nach permanenter Verfügbar-
54 keit bedroht.

55

1 Lebensqualität ist für die Menschen in Europa mehr als die Jagd
2 nach Wohlstand. Die Menschen streben nach intakten Gemein-
3 schaften, in denen es friedlich, gerecht und solidarisch zugeht, in
4 denen die Geschlechter gleiche Chancen und gleiche Rechte haben.
5 Mit dem Sinn des Lebens verbinden die meisten den Wunsch, Aner-
6 kennung zu finden und gebraucht zu werden – nicht nur im Beruf.
7 Sie wollen sich Zeit nehmen, um Beziehungen zu ihrer Familie, zu
8 ihren Kindern und Freunden zu pflegen. Ein Leben ausschließlich
9 nach der Stoppuhr, nach dem Rhythmus der neuen Verhältnisse,
10 steht dazu im Widerspruch. Wir glauben, dass die soziale Kraft einer
11 Gesellschaft mindestens genauso viel wiegt wie andere Standort-
12 vorteile.

13

14 **Die sozialen Fragen unserer Zeit**

15

16 Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Sozialdemokratie, Gewerk-
17 schaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik große
18 Fortschritte erstritten. Niemals zuvor konnten so viele Menschen
19 am kulturellen und sozialen Leben teilnehmen. Und die soziale Ab-
20 sicherung hat ein hohes Niveau erreicht.

21

22 Einige dieser Erfolge sind jedoch gefährdet. Der Abstand zwischen
23 Armen und Reichen vergrößert sich wieder. Und Menschen mit ge-
24 ringen Qualifikationen oder mit besonderen Schwierigkeiten, einen
25 Arbeitsplatz zu finden, drohen von den Chancen der Zukunft abge-
26 koppelt zu werden. Die Erfüllung des Versprechens, durch Arbeit für
27 sein eigenes Leben zu sorgen, erscheint vielen gefährdet. Dies be-
28 trifft besonders viele Menschen in den neuen Bundesländern. Die
29 meisten Einwandererfamilien oder alleinerziehende Mütter und
30 Väter kämpfen hart für ihren Lebensunterhalt und für eine gute
31 Entwicklung ihrer Kinder. Aber manche leben schon in dritter Gene-
32 ration von Sozialtransfers. Armut vererbt sich häufig, weil viel zu
33 viele Eltern keine Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt haben und
34 Kinder nicht ausreichend gefördert werden. Die Chancen auf eine
35 gute Bildung hängen in Deutschland stärker als anderswo von der
36 Herkunft der Eltern ab. Die Leiter zum sozialen Aufstieg ist für viele
37 nicht aufgestellt.

38

39 Chancengleichheit gründet sich im heraufziehenden Wissenszeital-
40 ter noch stärker als früher auf eine gute Bildung. Dies ist der
41 Schlüssel für eine berufliche Karriere und für ein selbstbestimmtes
42 Leben. Wissen und Kompetenzen müssen früh erworben und später
43 immer wieder aufgefrischt werden – im Kindergarten, in der Schule
44 und in späteren Lebensabschnitten. Eine erstklassige Bildung für al-
45 le wird zur Grundlage, um gesellschaftliche Spaltungen zu verhin-
46 dern und Armut zu überwinden.

47

48 Auf dem Weg der Gleichstellung von Frauen und Männern ist unse-
49 re Gesellschaft weit vorangekommen. Aber noch immer können
50 viele ihre Lebensentwürfe nicht verwirklichen. Frauen und Männer
51 wollen beruflich vorankommen und zugleich Verantwortung für
52 Kinder und Familie übernehmen. Die Vereinbarkeit von Familie und
53 Beruf ist allerdings immer noch fast ausschließlich ein Problem der
54 Mütter.

55

1 In vielen Teilen der Welt, auch in Deutschland, leben die Menschen
2 länger. Seit den 60er Jahren ist die Lebenserwartung bei uns um zehn
3 Jahre gestiegen. Das ist ein großes Geschenk: Viele haben die Chance,
4 auch nach der Erwerbstätigkeit noch einen ausgedehnten Lebensab-
5 schnitt zu genießen. Der demografische Wandel verlangt aber auch
6 ein neues Bild des Alters. Die ältere Generation wird für die aktive Ge-
7 staltung der Gesellschaft künftig stärker gebraucht. Auch die familiä-
8 ren Strukturen verändern sich. Kinder und Enkelkinder leben nicht un-
9 bedingt dort, wo ihre Eltern und Großeltern leben, die Zahl der Single-
10 haushalte - auch bei Älteren - steigt. Mehr Menschen werden im ho-
11 hen Alter auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sein.

12
13 Gleichzeitig erfüllen sich immer weniger junge Männer und Frauen
14 ihren Kinderwunsch. Dies führt zu drastischen Veränderungen in al-
15 len Bereichen des Alltagslebens, von der Arbeitswelt über die Sozi-
16 alsysteme bis zur Leistungsfähigkeit ganzer Regionen. Abwande-
17 rung junger Menschen, Rückgang der Bevölkerung und Alterung
18 ganzer Regionen sind bisweilen schmerzhafteste Prozesse. Der schnel-
19 le demografische Wandel ist nicht nur in Ostdeutschland Realität.
20 Keine Region aufzugeben heißt, Menschen vor Ort dabei zu unter-
21 stützen, ihre Heimat lebenswert zu gestalten.

22
23 Religionen und Kulturen sind zunehmend weltweit verbreitet und
24 vernetzt. Die Menschen finden heute an fast allen Orten der Welt
25 Angehörige ihrer Kultur, Waren aus ihrer Heimat und Medien, mit
26 denen sie den Kontakt zu ihren Herkunftsländern lebendig halten.
27 Und in ihren Heimatländern begegnen sie Angehörigen anderer
28 Kulturen. Besonders dort, wo soziale Gegensätze aufeinanderpral-
29 len, kann das Nebeneinander von unterschiedlichen Kulturen sowie
30 mangelndes Verständnis für das Fremde zu Misstrauen und Kon-
31 flikten führen. Ein friedliches Miteinander erfordert mehr Wissen
32 über andere Traditionen, Kooperationsbereitschaft und gegenseiti-
33 gen Respekt. Keine Religion und Kultur darf Gewalt als Mittel zur
34 Durchsetzung von Interessen propagieren.

35
36 Unsere Städte und Gemeinden sind durch wirtschaftlichen und
37 technologischen Wandel, demografische Entwicklung und soziale
38 Integrationsaufgaben besonders gefordert. Zugleich nehmen die
39 Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu. Angesichts der Globa-
40 lisierung wächst die Bedeutung der Kommunen als Orte, in denen
41 Menschen Zusammengehörigkeit und Zugehörigkeit erfahren.

42 43 **Politik im Wandel**

44
45 Im 21. Jahrhundert haben sich die Bedingungen für politische Insti-
46 tutionen und Parteien verändert. Ihre Gestaltungsmacht ist infrage
47 gestellt, weil Grenzen an Bedeutung verloren haben. Wo sich die
48 unterschiedlichsten Lebensstile herausbilden und immer mehr Ak-
49 teure Einfluss nehmen, lösen sich viele Menschen von traditionel-
50 len Parteibindungen. Weil die demokratischen Parteien auf die ge-
51 gesellschaftliche Gestaltung durch Gesetzgebung zielen, unterschei-
52 den sie sich von anderen Organisationen politischer Mitwirkung.
53 Dieses ist ihre unverwechselbare wie unverzichtbare demokrati-
54 sche Legitimation und Verantwortung. Das bleibt so, auch wenn die
55 Parteien an Vertrauen und Ansehen eingebüßt haben.

1 Vertrauen und Ansehen müssen und können immer wieder neu ge-
2 wonnen werden, in dem wir überzeugende Handlungskonzepte
3 entwickeln. Denn wir erleben kein unpolitisches Zeitalter. Die Seh-
4 sucht der Menschen nach politischer Orientierung ist groß. Men-
5 schen wollen mitgestalten und an einer verständlichen Politik teil-
6 haben. Viele engagieren sich in Parteien, Gewerkschaften, sozialen
7 Bewegungen, Bürgerinitiativen, Interessengruppen, oft weltweit
8 vernetzt. Für die politische Beteiligung sind die Möglichkeiten der
9 neuen Medien eine große Chance: Noch nie konnten so viele Men-
10 schen ihre politische Meinung vernehmbar äußern und am politi-
11 schen Gestaltungsprozess aktiv teilhaben.

12
13 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt: Wir
14 haben es selbst in der Hand, die Zukunft friedlich, gerecht und soli-
15 darisch zu gestalten. Dazu brauchen wir eine klare, immer wieder
16 erneuerte Analyse der Zeit. Es gibt keinen Weg zurück in die Ära der
17 alten Industriegesellschaft und in den Nationalstaat des 20. Jahr-
18 hunderts. Wir richten den Blick nach vorn.

19 20 **2. Die Grundwerte** 21 **der Sozialen Demokratie** 22

23 24 **Woher wir kommen** 25

26
27 Die deutsche Sozialdemokratie war immer Teil einer großen inter-
28 nationalen Bewegung. Von Anfang an war es unser Ziel, eine ge-
29 meinsame Politik in Europa und der Welt zu verwirklichen. In unse-
30 rer Zeit wachsen das dafür nötige Wissen, die Einsicht und die Mög-
31 lichkeiten.

32
33 Nicht erst das Berliner Programm von 1989 hat unseren Blick auf
34 die Dimension einer zusammenwachsenden Welt gerichtet, auf
35 Frieden und Gerechtigkeit und das Leitbild der nachhaltigen Ent-
36 wicklung, die die Grundlagen der menschlichen Zivilisation sichert
37 und bewahrt. Wir arbeiten weiter am Projekt des gemeinsamen
38 Europa, das 1925 im Heidelberger Programm eine Vision war und
39 nun vollendet werden kann. Seit ihren Anfängen betrachtet sich die
40 deutsche Sozialdemokratie als Teil einer Freiheitsbewegung, die in
41 allen modernen Gesellschaften für mehr Demokratie und Gerech-
42 tigkeit eintritt. Wir sind stolz darauf, niemals Krieg, Unterdrückung
43 oder Diktatur über unser Volk gebracht zu haben. Sozialdemokra-
44 tinnen und Sozialdemokraten haben das Frauenwahlrecht in
45 Deutschland erkämpft. Mit der Wiedergründung der Sozialdemo-
46 kratischen Partei in der DDR haben sich mutige Sozialdemokratin-
47 nen und Sozialdemokraten in Solidarität mit den mittelosteuropäi-
48 schen Bürgerbewegungen zur Freiheit bekannt.

49
50 Die SPD kann auf die Erfahrung von anderthalb Jahrhunderten zu-
51 rückschauen: Vom Einsatz für die wirtschaftlichen und politischen
52 Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter im 19. Jahrhundert bis zur
53 Übernahme nationaler Regierungsverantwortung in der Weimarer
54 Republik, vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus bis zum
55 politischen Kampf gegen den Kommunismus, vom Aufbau des de-

1 demokratischen und sozialen Rechtsstaates in der Bundesrepublik bis
2 zur Erneuerung des wieder vereinten Deutschlands am Ende des
3 20. Jahrhunderts. Auf diesem langen Weg sind viele Sozialdemokra-
4 tinnen und Sozialdemokraten Opfer von Verfolgung und Mord ge-
5 worden. Sie bleiben uns eine dauerhafte Mahnung und Verpflich-
6 tung.

7
8 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Geschichte
9 unseres Landes, seine politische und soziale Kultur entscheidend
10 geprägt. In der SPD haben sich Frauen und Männer unterschiedli-
11 cher weltanschaulicher Überzeugungen, Glaubenshaltungen und
12 Herkunft zusammengefunden. So wurde die SPD die linke Volkspar-
13 tei, als die sie sich seit dem Godesberger Programm von 1959 ver-
14 steht. Sie hat Impulse und Ideen verschiedener geistiger Strömun-
15 gen und politischer Bewegungen aufgenommen: des Christentums
16 und des Humanismus, der Aufklärung, des Sozialismus und der Ge-
17 werkschaften, der Frauenbewegung und der Neuen Sozialen Bewe-
18 gungen.

19
20 Wir wissen,

- 21 ■ dass Not und Furcht nicht durch diktatorische Mittel, sondern
22 nur durch die Menschen selbst in freier Entscheidung und ge-
23 meinsamer Anstrengung überwunden werden können,
24
- 25 ■ dass wir solidarisch handeln müssen, wenn wir Erfolg haben
26 wollen,
27
- 28 ■ dass wir Visionen brauchen, um konsequente Reformen voran-
29 zubringen,
30
- 31 ■ dass Freiheit und Sicherheit zusammen gehören und dass wir
32 beides zugleich anstreben müssen,
33
- 34 ■ dass wir in kultureller Vielfalt leben und unsere Partner überall
35 auf der Welt finden,
36
- 37 ■ dass wir die Ergebnisse unserer Politik immer wieder selbstkri-
38 tisch überprüfen müssen.

40 Unser Bild vom Menschen

41
42 Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel un-
43 serer Politik. In unserem Bild vom Menschen vereinen sich huma-
44 nistische und religiöse Vorstellungen mit Ideen der Aufklärung.

45
46 Menschen tragen verschiedene Möglichkeiten in sich. Sie sind we-
47 der zum Guten noch zum Bösen festgelegt. Sie sind vernunftbegabt
48 und lernfähig. Daher ist Demokratie möglich. Sie sind fehlbar, kön-
49 nen irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demo-
50 kratie nötig. Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Leben. Nie-
51 mand kann oder soll sie ihm abnehmen. Unser Verständnis von Po-
52 litik widerspricht jedem Allmachtsanspruch über die Menschen.
53 Wenn Politik selbst Glück und Erfüllung verspricht, läuft sie Gefahr
54 in totalitäre Herrschaft abzugleiten.
55

1 „Frei und gleich an Würde und Rechten“, wie es in der Allgemeinen
2 Erklärung der Menschenrechte heißt, soll jeder Mensch sein Leben
3 in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen können. Wir stre-
4 ben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit
5 in Freiheit entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu
6 verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Die
7 Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und sei-
8 ner wirtschaftlichen Nützlichkeit. Darum ist die Gesellschaft bei Be-
9 hinderung, im Alter, am Lebensanfang und am Lebensende zum
10 Schutz der Menschenwürde besonders verpflichtet.

11

12 **Unsere Grundwerte**

13

14 Freiheit und Gleichheit, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ge-
15 genüber obrigkeitlicher Willkür und ihre Gleichheit unabhängig
16 von Stand, Religion, Herkunft und Geschlecht – das sind die beiden
17 Grundorientierungen der politischen Moderne. Die Verbindung von
18 Freiheit und Gleichheit bildet die Grundlage für unser Verständnis
19 von Gerechtigkeit.

20

21 Das sozialdemokratische Verständnis von Freiheit, Gerechtigkeit
22 und Solidarität erhielt seinen besonderen Sinn in den politischen
23 und sozialen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts.
24 Es ging darum, neben den rechtlichen auch die materiellen Voraus-
25 setzungen der Freiheit, neben der Gleichheit des Rechts auch die
26 Gleichheit der politischen und ökonomischen Teilhabe und der
27 grundlegenden Lebenschancen, also soziale Gerechtigkeit, zu er-
28 kämpfen.

29

30 **Freiheit** bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt leben, Autor des
31 eigenen Lebens sein zu können. Die freie Entfaltung der Persönlich-
32 keit hat Voraussetzungen: Dazu zählt die Abwehr von Willkür und
33 Unterdrückung ebenso wie der Zugang zu den sozialen, ökonomi-
34 schen, kulturellen und politischen Bedingungen der Freiheit. Die
35 Teilhabe an der Gesellschaft und die individuelle Bereitschaft zu
36 verantwortlicher Gestaltung des eigenen wie des gemeinschaftli-
37 chen Lebens sind gleichermaßen Voraussetzungen von Freiheit. Die
38 Freiheit des Einzelnen endet dort, wo sie die Freiheit eines Anderen
39 verletzt.

40

41 **Gerechtigkeit** ist Ausdruck der gleichen Würde jedes Menschen. Sie
42 bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Chancen unabhängig von
43 Herkunft oder Geschlecht. Für eine wirklich gerechte Gesellschaft
44 reicht die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz
45 nicht aus. Gerechtigkeit verlangt vielmehr, dass alle Menschen die
46 gleichen Chancen haben, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Sie verlangt,
47 dass alle die gleichen Möglichkeiten erhalten, an Bildung, an Arbeit,
48 an sozialer Sicherheit, an Kultur und Demokratie teilzuhaben. Im-
49 mer noch ist unsere Gesellschaft durch Privilegien gekennzeichnet.
50 Die ungerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chan-
51 cen teilt die Gesellschaft in solche, die über andere verfügen, und
52 solche, über die verfügt wird und deren Selbstbestimmung und po-
53 litische Mitwirkung rasch an Grenzen stoßen. Das beeinflusst auch
54 die Willensbildung in Politik und Staat. Gleiche Lebenschancen be-
55 deuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für indivi-

1 duelle Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind verschieden.
2 Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunftsunterschiede
3 dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen
4 nicht von vorneherein festgelegt sein. Deshalb erfordert Gerechtigkeit
5 mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum
6 und Macht. Eine gerechte Politik garantiert gleiche Zugangsmög-
7 lichkeiten zu öffentlichen Gütern, Chancengleichheit und eine der
8 Leistung angemessene Einkommens- und Vermögensverteilung.
9 Die Leistung eines jeden Menschen muss anerkannt und respek-
10 tiert werden. Wer durch Einkommen und Vermögen Vorteile ge-
11 nießt, muss angemessen zum Wohl der Gesellschaft beitragen: Ei-
12 gentum verpflichtet. Gerechte Politik respektiert die Unterschiede
13 der Lebensformen, des Glaubens, der Weltanschauung und der Kul-
14 tur. Sie gewährleistet, dass jeder Mensch, ganz gleich was er leisten
15 kann, frei von Not leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben
16 kann.

17
18 **Solidarität** bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammenge-
19 hörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinan-
20 der einzustehen und sich gegenseitig zu helfen, zwischen Starken
21 und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. So-
22 lidarität schafft Macht zur Veränderung. Das ist die Erfahrung der
23 Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Ge-
24 sellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbe-
25 reitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozial-
26 staat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität.

27
28 Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität bilden eine Einheit. Sie sind
29 gleichrangig und gleichwertig. Sie bedingen, begrenzen und ergän-
30 zen einander. Wir verteidigen ein Grundwerteverständnis, das Frei-
31 heit nicht auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit nicht auf den
32 Rechtsstaat, Solidarität nicht auf Armenfürsorge reduziert.

33 34 **Die Soziale Demokratie**

35
36 Die Sozialdemokratie will die gesellschaftliche Teilhabe aller Men-
37 schen, garantiert durch die Grundrechte und orientiert an der Idee
38 der solidarischen Bürgerschaft. Wir können die Verhältnisse durch
39 gemeinschaftliches und solidarisches Handeln verbessern.

40
41 Wir sind uns einig in dem Ziel, für alle Menschen ein Leben in Frei-
42 heit, ohne Ausbeutung, frei von Gewalt und Unterdrückung zu er-
43 möglichen. Im Bewusstsein, dass das Streben nach einer unseren
44 Grundwerten entsprechenden Gesellschaft eine dauernde Aufgabe
45 ist, bekennen wir uns zu der unsere Geschichte prägenden Idee des
46 demokratischen Sozialismus. Er ist kein Dogma und beschreibt kei-
47 nen Endzustand, sondern die Vision einer freien, gerechten und so-
48 lidarischen Gesellschaft, für deren Verwirklichung wir auch weiter-
49 hin eintreten. Die Arbeit für dieses Ziel und das Prinzip unseres
50 Handelns ist die Soziale Demokratie. Denn nichts kommt von selbst
51 und jede Zeit verlangt ihre eigenen Antworten.

52
53
54
55

3. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

1
2
3
4
5 Unter den Bedingungen der Zeit, in der wir leben, gewinnt die Idee
6 der Sozialen Demokratie neue Bedeutung. Das Zeitalter der Globali-
7 sierung ist Ergebnis menschlichen Handelns und kann deshalb
8 durch demokratische Politik gestaltet werden. Unsere Gesellschaft
9 steht vor der Wahl:

10
11 Entweder wir lassen dem Wandel unserer Zeit freien Lauf – oder wir
12 gestalten ihn im Sinne unserer Grundwerte.

13
14 Entweder wir beschränken uns auf die bloße Verteidigung des Be-
15 stehenden – oder wir bringen die Potentiale unserer Gesellschaft zu
16 ihrer vollen Entfaltung.

17
18 Entweder wir lassen zu, dass die ökologische Krise die Grundlagen
19 unserer Zivilisation zerstört – oder wir schaffen die Wende zu einer
20 nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise.

21
22 Entweder wir lassen es zu, dass die Kluft zwischen Reich und Arm,
23 zwischen Privilegierten und Benachteiligten immer größer wird –
24 oder wir betreiben eine Politik, die soziale Gegensätze verringert
25 und die allen Menschen die Chance auf eine selbstbestimmte Le-
26 bensgestaltung eröffnet.

27
28 Welchen Weg wir einschlagen – das wird über die Lebensqualität,
29 den Wohlstand und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ent-
30 scheiden. Fortschritt braucht Soziale Demokratie. Dafür wollen wir
31 die Menschen gewinnen.

32
33 Den politischen Streit mit den Gegnern der Sozialen Demokratie
34 führen wir mit großem Selbstbewusstsein. Heute müssen wir uns
35 vor allem mit drei politischen Strömungen innerhalb des demokra-
36 tischen Meinungsspektrums auseinandersetzen, die auf je andere
37 Art verhindern, dass die Menschen ihre Potentiale bestmöglich aus-
38 schöpfen können:

39
40 Konservative halten an überkommenen Privilegien fest und beru-
41 fen sich auf angeblich natürliche Ungleichheiten, um anderen Men-
42 schen den Zugang zu Lebenschancen, Aufstiegsmöglichkeiten und
43 Wohlstand zu verwehren.

44
45 Marktradikale predigen Freiheit und Wettbewerb, aber erkennen
46 nicht, dass eine dynamische Gesellschaft der Freien und Gleichen
47 immer soziale Voraussetzungen hat. Sie kann nur dort gedeihen,
48 wo gestaltende Politik die Bedingungen für die Teilhabe und Lei-
49 stung aller Menschen immer wieder erneuert.

50
51 Populisten leugnen veränderte Realitäten und klammern sich an
52 überkommene nationalstaatliche Instrumente. Sie gaukeln den
53 Menschen vor, ein Ausstieg aus der Wirklichkeit unserer Zeit sei
54 möglich – verbauen ihnen aber gerade dadurch die Zukunft.
55 Einig sind wir uns mit allen Demokraten darin, den Grundkonsens

1 unserer freiheitlichen Demokratie gegen alle Feinde der offenen
2 und toleranten Gesellschaft zu verteidigen. Deshalb werden wir
3 entschlossen und gemeinsam gegen rechtsextremistische, antise-
4 mitische, menschen- und verfassungsfeindliche Bestrebungen je-
5 der Art vorgehen.

6
7 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns der
8 Realität: Die Welt, Europa, unser eigenes Land verändern sich in
9 schnellem Tempo, wir erleben es tagtäglich bis hinein in unsere
10 Stadtviertel, Gemeinden, Betriebe oder Schulen. Wollen wir errei-
11 chen, dass die Werte und Ziele der Sozialen Demokratie auch das 21.
12 Jahrhundert prägen, dann kommt es darauf an, die vielfältigen
13 Chancen der Veränderung unerschrocken zu ergreifen. Nur wer
14 handelt, schafft die Voraussetzungen dafür, dass wir die neuen Risi-
15 ken und Gefahren unserer Zeit meistern können.

16
17 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir uns vier großen Aufga-
18 ben:

19
20 Wir wollen die **Globalisierung freiheitlich, gerecht und solidarisch**
21 **gestalten**. Dafür müssen wir politische Handlungsmacht zurückge-
22 winnen. Das erfordert ein starkes und soziales Europa ebenso wie
23 eine globale Verantwortungsgemeinschaft von Zivilgesellschaft,
24 Wirtschaft und Politik.

25
26 Wir wollen eine **Politik der neuen Wertschöpfung**. Sie ermöglicht
27 qualitatives Wachstum, Wohlstand und Arbeit für alle sowie die Si-
28 cherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Soziale Marktwirt-
29 schaft der Zukunft muss offensiv neue Märkte erschließen, den
30 technischen Fortschritt in den Dienst der Menschen und der Um-
31 welt stellen und fairen Wettbewerb garantieren.

32
33 Wir wollen den **Vorsorgenden Sozialstaat**, der Chancen für ein
34 selbstbestimmtes Leben schafft, gerechte Teilhabe und sozialen
35 Aufstieg ermöglicht und durch Solidarität Sicherheit gewährleistet.

36
37 Und wir wollen auf allen Ebenen die riesigen Potentiale und Kräfte
38 der Selbstorganisation einer **Aktiven Bürgergesellschaft** stärken.

39
40 Diese Vorhaben bestimmen die Idee der Sozialen Demokratie für
41 das 21. Jahrhundert. In ihrer Einheit stellen sie nicht Ökonomie ge-
42 gen Ökologie, nicht Staat gegen Bürger, nicht Leistung gegen Soli-
43 darität. Sie überwinden alte Gegensätze im Interesse der Men-
44 schen.

45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55

4. Unsere Ziele, unsere Politik

4.1 Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung

Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung und internationale Solidarität. Wir setzen auf Dialog, den fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen und auf die Idee, die Macht dem Recht unterzuordnen. Die SPD ist die Friedenspartei in Deutschland und Europa.

Diese Zielrichtung der internationalen Politik der Sozialdemokratie ist für das anbrechende globale Zeitalter notwendiger denn je. Die Menschheit kann zum ersten Mal in ihrer Geschichte zentrale Probleme nur noch gemeinsam lösen. Darum arbeiten wir für die Entwicklung einer gemeinsamen Weltinnenpolitik mit starken Vereinten Nationen und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich noch keine neue Sicherheitsarchitektur für das globale Zeitalter herausgebildet. Die USA sind heute die einzige militärische Supermacht - aber auch sie ist auf internationale Kooperation angewiesen. Neue Mächte drängen auf die Weltbühne und beanspruchen dort ihre Rolle. Deshalb brauchen wir eine vorausschauende internationale Politik, die neue Entwicklungen frühzeitig erkennt und im Geist von Verständigung und gerechtem Ausgleich gestaltet.

Die Sozialdemokratie ist sich der gewachsenen Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der Welt bewusst. Wir nehmen diese aktive internationale Rolle an und wollen uns nach Kräften dafür engagieren. Dabei stimmen wir uns mit unseren Partnern eng ab und handeln gemeinsam mit internationalen Institutionen. Deutsche Interessen in der Welt können wirksam nur noch gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Union zur Geltung gebracht werden.

Sozialdemokratische Politik stellt die Würde jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt. Das Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta und das internationale Recht bilden die Leitlinie unserer internationalen Politik. Unser Handeln beruht auf den Menschenrechten, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte formuliert worden sind.

Die Unteilbarkeit und universelle Geltung aller Menschenrechte ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht verhandelbar. Wir wollen das absolute Folterverbot und das humanitäre Völkerrecht auch unter veränderten nationalen und globalen Rahmenbedingungen durchsetzen und verteidigen. Wir wollen, dass Frauen auf der ganzen Welt selbstbestimmt und frei von Gewalt und Diskriminierung leben können. Ohne die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen ist weder Demokratie noch globale Gerechtigkeit oder nachhaltige Entwicklung möglich.

1 Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft
2 internationale Sicherheit. Deshalb arbeiten wir weiter an einer gerech-
3 ten internationalen Rechtsordnung, die allen Menschen ein würdiges
4 und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Wir legen unserer internatio-
5 nalen Politik einen umfassenden Sicherheitsbegriff zugrunde. Sicher-
6 heit für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demo-
7 kratie, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung
8 voraus. Deshalb treten wir für Multilateralismus und für gleiche Ent-
9 wicklungschancen in einer gerechten Weltwirtschaftsordnung ein.

10
11 Wir begegnen anderen Völkern mit Freundschaft, Offenheit und
12 Respekt. Zum kulturellen Erbe der Menschheit haben viele Zivilisa-
13 tionen ihren Beitrag geleistet, den wir anerkennen. Denjenigen, die
14 einen Kampf der Kulturen beschwören, erteilen wir eine klare Absa-
15 ge. Wir wollen das Wissen über andere Kulturen und Religionen
16 deutlich erweitern. Wir bekennen uns zu einer aktiven auswärtigen
17 Kulturpolitik, die Interesse und Verständnis für unser Land weckt
18 und den Dialog mit anderen Kulturen fördert.

19
20 Deutschland steht wegen seiner Geschichte in besonderer Verant-
21 wortung für Frieden und Verständigung. Von deutschem Boden
22 darf nie wieder Krieg ausgehen. Wir verpflichten uns zur Verant-
23 wortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und zu ei-
24 ner lebendigen Erinnerungskultur.

25
26 Die Sozialdemokratie bekennt sich zur besonderen Verantwortung
27 Deutschlands für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen enga-
28 gieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf
29 der Grundlage internationaler Übereinkünfte. Wir setzen uns für
30 die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Schaf-
31 fung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein.

32
33 Die SPD will die transatlantische Partnerschaft erneuern. Deutsch-
34 land, Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika teilen ge-
35 meinsame Werte. Auf dieser Grundlage arbeiten Europa und Nord-
36 amerika auch in der NATO eng zusammen. Nach dem Zusammen-
37 bruch des Kommunismus braucht das transatlantische Bündnis je-
38 doch ein neues, am globalen Zeitalter ausgerichtetes Fundament.
39 Wir wollen die Suche nach einem gemeinsamen Verständnis von
40 Werten intensivieren und das Bewusstsein für unsere gemeinsa-
41 men Ziele stärken. Eine friedliche Weltordnung ist nur mit den Ver-
42 einigten Staaten erreichbar.

43
44 Die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit war
45 und bleibt Motor der europäischen Einigung. Nach diesem Vorbild
46 wollen wir auch das Verhältnis zu Polen weiterentwickeln.
47 Die strategische Partnerschaft mit Russland ist für Deutschland
48 und die Europäische Union unverzichtbar. Die Öffnung Russlands
49 nach Europa sichert Frieden und Stabilität. Sie bringt den Men-
50 schen auf beiden Seiten wirtschaftliche Perspektiven. Die Partner-
51 schaft und die weitere Entwicklung von Demokratie und Rechts-
52 staat in Russland gehören für uns zusammen.

53
54 Deutsche und europäische Außen-, Entwicklungs- und Sicherheits-
55 politik muss enge Beziehungen zu den aufstrebenden Mächten in

1 Asien, Lateinamerika und Afrika entwickeln. Dort finden wir viele
2 Partner für den Aufbau einer multilateralen Weltordnung. Wir set-
3 zen auf faire Partnerschaft, intensive Zusammenarbeit und eine
4 Einbindung in das Gefüge internationaler Organisationen und In-
5 stitutionen.

6
7 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Na-
8 tionen, Völker und Menschen von Frieden und Wohlstand profitie-
9 ren. In einer Welt mit wachsenden Abhängigkeiten voneinander
10 werden wir kein Land und keinen Kontinent ausblenden oder ver-
11 gessen.

13 **Multilateralismus: Stärkung globaler** 14 **und regionaler Kooperation**

15
16 In Europa haben wir durch Verständigung und die Bündelung ge-
17 meinsamer Interessen eine beispiellose Form der transnationalen
18 Kooperation und Partnerschaft erreicht. Europapolitik ist keine klas-
19 sische Außenpolitik mehr. Auch über Europa hinaus gilt es, gemein-
20 same Interessen, Bündnisse und Organisationen zu stärken. Kein
21 Staat kann im globalen Zeitalter Erfolg haben, indem er seine Inte-
22 ressen einseitig durchsetzt. Wir bekennen uns zum Multilateralis-
23 mus durch internationale Organisationen und internationales
24 Recht im weltweiten Rahmen. Dafür ist es unabdingbar, die inter-
25 nationalen Organisationen mit hinreichender Durchsetzungsmacht
26 auszustatten. Nur sanktionsbewehrt wird das internationale Recht
27 Verbindlichkeit gewinnen und konfliktlösend wirken können.

28
29 Deshalb wollen wir die Vereinten Nationen stärken. Wir treten da-
30 für ein, die Vereinten Nationen zur obersten Instanz einer globalen
31 Rechtsordnung auszubauen. Wir wollen globales Recht schaffen
32 und durchsetzen. Dazu muss die internationale Gerichtsbarkeit ge-
33 stärkt werden. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel muss die
34 internationale Staatengemeinschaft in ihrem eigenen Interesse
35 aufbringen.

36
37 Um die Legitimation und Akzeptanz der Vereinten Nationen zu er-
38 höhen, müssen deren Institutionen reformiert und demokratisiert
39 werden. Wir wollen die Rechte der UNO-Vollversammlung stärken.
40 Bei der Reform des UN-Sicherheitsrats ist die angemessene Beteili-
41 gung aller Kontinente sicherzustellen. Das Vetorecht einzelner Mit-
42 gliedsstaaten lehnen wir ab. Deutschland muss in den Vereinten
43 Nationen mehr konkrete Verantwortung übernehmen. Die SPD be-
44 fürwortet einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat.
45 Langfristig sollte die Europäische Union einen ständigen Sitz in die-
46 sem Gremium einnehmen.

47
48 Wir wollen eine stärkere Stellung des UN-Generalsekretärs, damit
49 die Vereinten Nationen in internationalen Krisensituationen, bei
50 drohenden Krisen oder massiven Menschenrechtsverletzungen
51 rasch und effektiv handeln können.

52
53 Frieden und Sicherheit, der Schutz vor Seuchen und finanzielle Sta-
54 bilität sind globale öffentliche Güter. Für diese Güter muss es auch
55 eine internationale Finanzierung geben. Die Vereinten Nationen

1 brauchen eine eigene Einnahmequelle, die sie unabhängiger
2 macht.

3
4 Entscheidungen in internationalen Institutionen und Organisatio-
5 nen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und
6 der Welthandelsorganisation müssen sich am Maßstab der Gerech-
7 tigkeit und der Menschenrechte messen lassen, und sie müssen
8 transparent sein. Die Stimmrechtsverteilung muss die Interessen
9 der ärmsten Entwicklungsländer berücksichtigen.

10
11 Regionale internationale Organisationen sind ein wichtiger Ansatz
12 zur Überwindung von Gegensätzen und Konflikten zwischen den
13 Völkern. Der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zu-
14 sammenarbeit in Europa haben dies mit ihrer erfolgreichen Arbeit
15 gezeigt. Deutschland muss beide Institutionen auch künftig unter-
16 stützen. Es gilt, auch in anderen Regionen ähnliche Institutionen
17 auf- und auszubauen.

18
19 Die Sozialdemokratie misst der Arbeit zivilgesellschaftlicher Orga-
20 nisationen für die Völkerverständigung hohe Bedeutung bei. Der In-
21 ternationale Gewerkschaftsbund, Nichtregierungsorganisationen
22 und Glaubensgemeinschaften lenken immer wieder den Blick auf
23 akute internationale Konflikte und entwickeln Lösungsansätze. Die-
24 se zivilgesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Stellen müssen
25 daher intensiv kooperieren. Wir verstehen uns als Partnerin bürger-
26 schaftlicher Organisationen, die sich für die Lösung globaler Proble-
27 me engagieren.

28 29 **Umfassende Sicherheitspolitik**

30
31 Frieden bedeutet für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
32 viel mehr als die Abwesenheit von Krieg. Die vorbeugende Vermei-
33 dung von Konflikten hat für uns absoluten Vorrang. Jeder Konflikt,
34 der rechtzeitig geschlichtet werden kann, erspart den Menschen
35 vielfaches Leid. Krisenprävention ist die effizienteste Sicherheitspo-
36 litik.

37
38 Vorausschauende Außenpolitik hat für uns viele Aspekte. Wir wol-
39 len, dass die Europäische Union sich enger mit den Nachbarregio-
40 nen Europas vernetzt, um dort Frieden und gute Zukunftsaussich-
41 ten für die Menschen zu fördern.

42
43 Gute Friedenspolitik gründet auf politischen Dialog, die Erarbei-
44 tung gemeinsamer Interessen und die Entwicklung von konkreten
45 Perspektiven für die Menschen. Wir sind überzeugt, dass dauerhaf-
46 ter Frieden nur möglich ist, wo strukturelle Konfliktursachen wie
47 Hunger und Ressourcenmangel überwunden werden.

48
49 Entwicklungszusammenarbeit ist für uns nicht nur ein Gebot der
50 Menschlichkeit und der gerechten Gestaltung der Globalisierung.
51 Wir betrachten sie als zentralen Baustein einer umfassenden Si-
52 cherheitspolitik. Darum wollen wir die Mittel für Entwicklungszu-
53 sammenarbeit stufenweise erhöhen. Wir wollen dafür sorgen, dass
54 die deutschen Leistungen im Kampf gegen Armut und Unterent-
55 wicklung, gemessen am Bruttonationaleinkommen, bis 2015 auf 0,7

1 Prozent steigen werden. Der Kampf gegen Armut, auch durch die
2 Bekämpfung von Korruption, der Einsatz für die Rechte der Frauen,
3 die Förderung guter Regierungsarbeit und die systematische Ent-
4 schuldung von Entwicklungsländern bleiben zentrale Ziele. Wir
5 wollen die Mittel für zivile Krisenprävention und Krisenreaktion er-
6 höhen und die Instrumente dieser Politik ausbauen.

7
8 Die SPD lehnt jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen ab.
9 Wir wissen, dass es Situationen geben kann, in denen militärisches
10 Eingreifen notwendig ist. Deutschland kann sich an diesen Missio-
11 nen beteiligen, wenn sie durch ein völkerrechtlich bindendes Man-
12 dat der Vereinten Nationen legitimiert sind, der Einsatz dem deut-
13 schen Interesse nicht widerspricht und der Deutsche Bundestag zu-
14 stimmt.

15
16 Konflikte können zwar militärisch entschieden, aber niemals nur
17 militärisch gelöst werden. Deshalb werden wir darauf drängen,
18 dass ein Einsatz der Bundeswehr stets in ein Konzept von politi-
19 schen, diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen
20 und kulturellen Maßnahmen eingebettet ist. Die militärische Opti-
21 on ist und bleibt für uns das letzte Mittel zur Schaffung von Frie-
22 den. Auch zur Stabilisierung des Friedens wollen wir Soldatinnen
23 und Soldaten nur dann einsetzen, wenn andere Mittel nicht ausrei-
24 chen.

25
26 Die Bundeswehr leistet bei ihren internationalen Einsätzen ausge-
27 zeichnete Arbeit. Sie genießt aufgrund ihres professionellen Einsat-
28 zes weltweit zu Recht hohes Ansehen. Eine gute Ausbildung der
29 Soldatinnen und Soldaten ist hierfür ebenso wichtig wie eine gute
30 Ausrüstung. Die Neuausrichtung der Bundeswehr an den Aufgaben
31 der internationalen Krisenbewältigung werden wir fortsetzen.
32 Deutsche Soldaten sind als Staatsbürger in Uniform auch Botschaf-
33 ter unseres Landes, die auf dem Wertefundament unserer Verfas-
34 sung agieren müssen.

35 36 **Neue Risiken**

37
38 Der Terrorismus hat eine neue Dimension erreicht. Terroristische
39 Gruppen agieren global vernetzt, schrecken nicht vor Selbstmord-
40 anschlügen zurück und streben den Besitz von Massenvernich-
41 tungswaffen an. Entstaatlichte, terroristische Gewalt bedroht die
42 ganze Welt. Wir lehnen jegliche Rechtfertigung von Terrorismus ab.
43 Auch wenn im Kampf gegen den Terrorismus der Einsatz von Ge-
44 walt nicht ausgeschlossen werden kann, gilt für uns: Wir wenden
45 uns konsequent gegen die Aufweichung des Völkerrechts. Weder
46 das absolute Folterverbot noch die Regeln zur Behandlung von
47 Kriegs- und Strafgefangenen dürfen relativiert werden. Die Be-
48 kämpfung des Terrors, der auf dem Humus von Perspektivlosigkeit
49 und Ohnmacht gedeiht, braucht Zeit, aber auch mehr finanzielle
50 Mittel.

51
52 Wir haben in Europa durch fairen Interessenausgleich Frieden gesi-
53 chert. Darum ist Europa jetzt besonders gefordert, diese Erfahrun-
54 gen in eine neue Entspannungspolitik einzubringen.

55

1 Die Versorgungssicherheit mit Energie, Rohstoffen und Wasser wird
2 im globalen Zeitalter zur herausragenden Frage der internationalen
3 Sicherheit. Das Gleiche gilt für den Klimaschutz, den Schutz vor und
4 die Bewältigung von Naturkatastrophen. Wir orientieren uns dabei
5 an dem Aktionsprogramm „Agenda 21“ der Vereinten Nationen. Er-
6 neuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz sind
7 Schlüssel zu einer friedlichen Entwicklung. Mit ihrer Hilfe können
8 wir Armut bekämpfen und Konflikten um knappe Ressourcen vor-
9 beugen.

10
11 Der Zerfall von Staaten führt zur Ausbreitung von Anarchie und
12 Rechtlosigkeit. Er ist eine Herausforderung für die gesamte interna-
13 tionale Staatengemeinschaft. Deutschland und Europa müssen be-
14 reit sein, bei der Wiederherstellung von Staatlichkeit und zivilge-
15 sellschaftlichen Strukturen Verantwortung zu übernehmen.

16 17 **Abrüstung und Nichtverbreitung** 18

19 Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ver-
20 langt die Renaissance einer Politik der Rüstungsbegrenzung, der ef-
21 fektiven Rüstungskontrolle und Abrüstung. Das ist Konfliktpräventi-
22 on und vorausschauende Friedenspolitik, wie wir sie verstehen, wie
23 sie zu einem Markenzeichen der SPD geworden ist, und wie wir sie
24 gemeinsam mit den europäischen Partnern vorantreiben wollen.
25 Wir bekräftigen unser Ziel einer atomwaffenfreien Welt und werben
26 dafür, die Urananreicherung unter internationale Kontrolle zu stel-
27 len. Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche
28 Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen. Verstärkte
29 Anstrengungen widmen wir auch der Begrenzung und Kontrolle
30 konventioneller Rüstungsgüter. Wir wollen ein Verbot von Landmi-
31 nen und Streubomben. Gerade bei der Abrüstung setzen wir darauf,
32 bestehende multilaterale Verträge zu stärken und auszubauen.

33
34 Wir werden auch künftig sicherstellen, dass Deutschland Herstel-
35 lung, Besitz und Anwendung von Massenvernichtungswaffen nicht
36 anstrebt. Wir sind einer strengen Rüstungsexportpolitik verpflich-
37 tet. Rüstungsgüter sind keine normale Handelsware. Die Einhal-
38 tung der Menschenrechte, gute Regierungsführung und ein Verbot,
39 Waffen in Konfliktregionen zu liefern, sind für uns maßgebliche Kri-
40 terien bei Ausfuhrgenehmigungen.

41 42 **Die Globalisierung gestalten** 43

44 Das Ziel der Sozialdemokratie ist eine faire Globalisierung, die den
45 Menschen Wohlstand und Entwicklung bringt. Standortkonkurrenz
46 zwischen Wirtschaftsräumen darf nicht zum weltweiten Druck auf
47 Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und
48 Umweltnormen führen. Das international operierende Kapital darf
49 sich nicht seiner sozialen und ökologischen Verantwortung und sei-
50 ner Steuerpflicht entziehen. Dazu bedarf es fairer und wirksamer
51 Regeln für die Finanz-, Rohstoff- und Warenmärkte sowie interna-
52 tional verbindlicher sozialer und ökologischer Standards für einen
53 funktionierenden Wettbewerb. Daher wollen wir Möglichkeiten zur
54 Steuerung der Wirtschaften durch internationale Kooperation und
55 Rahmensetzung zurückgewinnen und erweitern, ohne nationale

1 Politik aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Auf diese Weise wol-
2 len wir die Millenniumsziele der UN verwirklichen und den Weg zu
3 einer gerechten Weltwirtschaftsordnung öffnen.

4
5 Wir brauchen auf internationaler Ebene ein Gremium, das für wirk-
6 liche Koordinierung und Kohärenz in wirtschaftlichen, sozialen und
7 ökologischen Fragen sorgt. Wir brauchen deshalb bei den UN einen
8 Globalen Rat für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, in dem al-
9 le Regionen und auch die internationalen Handels- und Finanzinsti-
10 tutionen hochrangig vertreten sind.

11
12 Wir brauchen mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Die Entwick-
13 lungsländer wollen keine Almosen – sie wollen gerechte Chancen
14 auf den Märkten. Dazu müssen die Industrieländer im Rahmen der
15 WTO ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer Agrarex-
16 porte Schritt für Schritt reduzieren und schließlich beenden.

17
18 Die wirtschaftliche Globalisierung droht das Primat demokratischer
19 Politik in wesentlichen Bereichen auszuhöhlen. Wir wollen die Vor-
20 rangstellung der Politik verteidigen, weil nur so nationale und glo-
21 bale Demokratie als Ordnungsprinzip durchgesetzt werden kann.
22 Unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den internationalen Fi-
23 nanzmärkten können ganze Volkswirtschaften gefährden. Wir stre-
24 ben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die Finanz-
25 märkte an. Wir wehren uns dagegen, dass Gewinne privatisiert
26 werden, während die Allgemeinheit in Finanzkrisen die Verluste
27 ausgleichen muss. Der Wettlauf der Nationalstaaten um immer
28 niedrigere Steuern muss gestoppt werden, weil er die Grundlagen
29 sozialer Politik gefährdet.

30
31 Um die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in-
32 ternational zu verteidigen, wollen wir die Internationale Arbeitsor-
33 ganisation (ILO) stärken. Die Kernarbeitsnormen der ILO müssen bei
34 Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank,
35 der Welthandelsorganisation und der Vereinten Nationen stärker
36 berücksichtigt werden. Um diese Ziele zu verwirklichen, sind freie
37 Gewerkschaften überall in der Welt unverzichtbar.

38
39 Seuchen und Epidemien kennen keine Landesgrenzen. Wir brau-
40 chen zu ihrer Bekämpfung globale Lösungen. Der Kampf gegen
41 Aids gehört heute zu den zentralen Herausforderungen der
42 Menschheit.

43
44 Bei der Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards beziehen
45 wir die Macht der Verbraucher bewusst mit ein. Alle Produkte und
46 Dienstleistungen, die nachweisbar unter Beachtung internationaler
47 Arbeitsschutzregeln, der Kernarbeitsnormen und durch ökologisch
48 nachhaltige Fertigung produziert und angeboten werden, sollen
49 ein leicht erkennbares und verständliches Gütesiegel erhalten.
50 Beim Ziel einer gerechten Globalisierung sollen auch multinationale
51 Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Vereinbarungen,
52 mit denen sich global tätige Unternehmen gegenüber ihren Be-
53 schäftigten und Kunden auf die weltweite Einhaltung grundlegen-
54 der Sozialnormen verpflichten, sind ein geeignetes Instrument zur
55 Durchsetzung von Sozialstandards. Ökologische Einsicht hat soziale

1 Voraussetzungen. Dennoch sind wir überzeugt, dass wir ein ge-
2 meinsames Bewusstsein für die Interessen der Menschen und der
3 Umwelt in einer global vernetzten Welt schaffen können.

4

5

6

4.2 Das soziale und demokratische Europa

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

Friedensmacht Europa

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

Die Europäische Union arbeitet an einer Friedenspolitik, die auf Vor-
beugung von Konflikten, einem umfassenden Sicherheitsbegriff
und auf Multilateralismus fußt.

Damit Europa zu einer globalen Friedensmacht wird, muss die Eu-
ropäische Union ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit verbes-
sern. Wir setzen uns für eine Stärkung der Gemeinsamen Europäi-
schen Außen- und Sicherheitspolitik ein. Die Verbesserung der si-
cherheits- und verteidigungspolitischen Fähigkeiten der EU dient
auch dem Ziel, den europäischen Pfeiler im transatlantischen Bünd-
nis zu stärken.

Die Armeen der europäischen Nationalstaaten sollen noch enger
zusammenwachsen. Ziel ist eine Europäische Sicherheits- und Ver-

1 teidigungsunion. Ein erster notwendiger Schritt ist die Schaffung
2 von Einheiten mit integrierten Kräften unter einem einheitlichen
3 Kommando. Dies muss und kann mittelfristig nicht alle Bereiche
4 der militärischen Zusammenarbeit betreffen. Langfristig streben
5 wir die Schaffung einer europäischen Armee an, deren Einsatz par-
6 lamentarisch legitimiert werden muss.

7
8 Eine umfassende Sicherheitspolitik erfordert, dass die Europäische
9 Union ihr politisches und ökonomisches Gewicht bündelt. Hierzu
10 muss Europa in den wichtigen internationalen Organisationen mit
11 einer Stimme sprechen. So können die Staaten Europas wirksam
12 auf eine faire und sozial gerechte Verteilung des global erwirtschafteten
13 Wohlstands und eine Demokratisierung der internationalen
14 Regime und Organisationen hinwirken. Europa darf in seinen ent-
15 wicklungspolitischen Anstrengungen nicht nachlassen.

16
17 Die Erweiterung der Europäischen Union hat Frieden, Stabilität und
18 Wohlstand im europäischen Raum geschaffen. Gleichzeitig hat die EU
19 eine Strahlkraft und Vorbildfunktion über Europa hinaus. Viele Länder
20 unternehmen große Anstrengungen, um Mitglied der Europäischen
21 Union werden zu können. Dies führt zu Reformen in diesen Ländern,
22 die die konkreten Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

23
24 Wir setzen uns dafür ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten,
25 die eine Beitrittsperspektive bekommen haben. Es gilt, die lau-
26 fenden Beitrittsverhandlungen nach den von der EU definierten
27 Kriterien fortzuführen. Vor der Erweiterung der EU bedarf es jedoch
28 der Reform ihrer Institutionen.

29
30 Wir stehen zu der von allen EU-Mitgliedern lang versprochenen
31 Beitrittsperspektive der Türkei. Eine Türkei, die sich europäischen
32 Werten verpflichtet fühlt, kann eine wichtige Brückenfunktion zu
33 anderen islamischen Ländern erfüllen. Diese Rolle der Türkei liegt
34 im deutschen und im europäischen Interesse, weil sie Frieden, Sta-
35 bilität und wirtschaftliche Perspektiven schafft.

36
37 Es gilt, die Menschen in den Ländern, die auch längerfristig keine
38 Aussicht auf Mitgliedschaft haben, in ihrem Streben nach Demo-
39 kratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialem Ausgleich zu unterstützen.
40 Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Europäische
41 Nachbarschaftspolitik mit Nachdruck fortentwickelt wird.

42 43 **Das soziale Europa**

44
45 Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und eine
46 einheitliche Währung eingeführt. Jetzt gilt es, die soziale Dimensi-
47 on der EU zu stärken – denn sie ist der zentrale Teil unseres europäi-
48 schen Gesellschaftsmodells. Deshalb wollen Sozialdemokratinnen
49 und Sozialdemokraten in einem europäischen Grundgesetz die so-
50 ziale Dimension gleichgewichtig neben das Wettbewerbsprinzip
51 stellen. Die in der Europäischen Grundrechtecharta festgelegten
52 sozialen Grundrechte müssen Wirklichkeit werden.

53
54 Es gibt unterschiedliche nationale Ausprägungen und Traditionen
55 des europäischen Sozialmodells. Aber grundlegend für alle Sozial-

1 staaten in Europa sind ein entwickelter und leistungsfähiger Staat,
2 Sozialsysteme zur Absicherung elementarer Lebensrisiken, öffentli-
3 che Daseinsvorsorge, geregelte Arbeitsbedingungen sowie Beteili-
4 gungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und
5 Arbeitnehmer.

6
7 Diese Stärken Europas werden wir bewahren und weiterentwi-
8 ckeln. Wir wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, sondern uns
9 auf gemeinsame Mindeststandards verständigen. Diese sollen faire
10 Wettbewerbsbedingungen zwischen den Staaten sichern, um Sozi-
11 aldumping zu verhindern.

12
13 Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ein we-
14 sentlicher Bestandteil des europäischen Sozialmodells. Mit besse-
15 ren Regelungen zum Gesundheits- und Arbeitsschutz wollen wir
16 die Arbeitsbedingungen der Menschen in Europa spürbar verbese-
17 ern. Wir streben ein europäisches Arbeitsrecht an, das einheitliche
18 elementare Standards etwa in den Bereichen des Tarif- und Streik-
19 rechts festschreibt. In den europäischen Unternehmen wollen wir
20 die Mitbestimmung der Arbeitnehmer absichern und ausbauen.

21
22 Wir wollen uns in Europa dafür einsetzen, dass Sozialdumping
23 durch einen fairen Standortwettbewerb ersetzt wird. Damit dies
24 vereinbart werden kann, schlagen wir Korridore für Sozial- und Bil-
25 dungsausgaben gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leis-
26 tungsfähigkeit vor. Dies gewährleistet ein Mindestmaß an sozialer
27 Sicherung und Investitionen in Bildung und Ausbildung. Wer im eu-
28 ropäischen Ausland arbeiten will, soll durch die Sozialsysteme nicht
29 daran gehindert werden.

30
31 Wir wollen den Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze für Unter-
32 nehmen in Europa überwinden. Durch ihn berauben sich die euro-
33 päischen Staaten gegenseitig ihrer finanziellen Handlungsfähig-
34 keit. Notwendig sind eine europaweit einheitliche Bemessungs-
35 grundlage für Unternehmenssteuern und Mindestsätze bei den
36 Unternehmenssteuern.

37
38 Das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell gewährleistet den
39 freien und kostengünstigen Zugang zu hochwertigen öffentlichen
40 Dienstleistungen. Diese Prinzipien wollen wir auf europäischer Ebe-
41 ne verbindlich verankern. Jeder Mitgliedsstaat soll aber die Struktu-
42 ren der Daseinsvorsorge selbst bestimmen.

43
44 Die Anhebung der Lebensverhältnisse in den wirtschaftlich schwä-
45 cheren Regionen nutzt allen in Europa. Deshalb unterstützt die Eu-
46 ropäische Union diese Regionen besonders dabei, wirtschaftlich
47 aufzuholen. Den Zusammenhalt in Europa können wir nur dann ge-
48 währleisten, wenn Löhne und soziale Standards nicht sinken. Wir
49 wollen die Einführung Existenz sichernder Mindestlöhne.

50
51 Der europäische Binnenmarkt hat unbestreitbare Effizienz- und
52 Wohlfahrtsgewinne hervorgebracht. Er eröffnet auch in Zukunft
53 Chancen für die Entfaltung wirtschaftlicher Kreativität über natio-
54 nalstaatliche Grenzen hinweg. Um sie zu nutzen, setzen wir uns da-
55 für ein, den Binnenmarkt behutsam auszubauen und bürokratische

1 Hemmnisse zu beseitigen. Dabei achten wir darauf, dass Marktöff-
2 nung und Bürokratieabbau nicht zum Abbau sozialer und ökologi-
3 scher Standards führen.

4
5 Europa ist ein wissensbasierter Wirtschaftsraum. Darum kann
6 Europa seine Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Konkurrenz nur
7 durch verstärkte Investitionen in Innovation, in Forschung und Ent-
8 wicklung steigern. Auf dieses Ziel haben sich alle Länder der Euro-
9 päischen Union verpflichtet. Es kommt jetzt darauf an, dieses Vor-
10 haben konsequent zu verfolgen.

11
12 Wir wollen zielgerichtet Innovations- und Produktforschung för-
13 dern, um Zukunftsmärkte zu erschließen. Einen wichtigen Beitrag
14 leisten europäische Forschungsallianzen. Wir brauchen eine koordi-
15 nierte Industriepolitik in Europa und europäische Champions im in-
16 ternationalen Wettbewerb.

17
18 Ein zukunftsorientiertes Europa braucht auch eine deutliche Um-
19 strukturierung des europäischen Haushalts. Dazu gehört auch, dass
20 die Haushaltspolitik der EU transparenter wird. Die Höhe der Agrar-
21 subventionen muss reduziert und dieses Geld für Zukunftsinvesti-
22 tionen eingesetzt werden. Wir wollen zielgerichtet Innovations-
23 und Produktforschung fördern, um Zukunftsmärkte zu erschließen.

24
25 Um wirtschaftliche Dynamik zu fördern, Stabilität zu sichern und
26 die soziale Dimension der EU in den Mitgliedsstaaten zu verwirkli-
27 chen, brauchen wir für verbindliche makroökonomische Zielvorga-
28 ben eine abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik in der
29 Europäischen Union. Darum plädieren wir für eine stärkere Koordi-
30 nierung zwischen den Staaten, die den Euro eingeführt haben. Die
31 Europäische Zentralbank muss neben der Währungsstabilität
32 gleichgewichtig die Förderung von Wachstum und Beschäftigung
33 verfolgen. Wir wollen den Stabilitäts- und Wachstumspakt in der
34 Europäischen Union so weiterentwickeln, dass er mehr Spielräume
35 für nationale Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen bietet.

36 37 **Das demokratische Europa**

38
39 Die Europäische Union hat durch ihre wachsenden Kompetenzen
40 Züge eigener Staatlichkeit gewonnen. Deshalb muss jedes politi-
41 sche Handeln der Europäischen Union demokratisch legitimiert
42 sein. Je weiter die Vertiefung der politischen Integration voran-
43 schreitet, umso dringlicher stellt sich die Aufgabe, eine echte euro-
44 päische Demokratie zu bauen. Eine wichtige Grundlage ist eine Eu-
45 ropäische Verfassung. Sie weist den Weg zu einer Exekutive der Eu-
46 ropäischen Union, die durch das Parlament gewählt und kontrol-
47 liert wird.

48
49 Die Europäische Union bringt Personen und Organe der europäi-
50 schen, der nationalen, der regionalen und der kommunalen Ebene
51 im politischen Entscheidungsprozess zusammen. Sie muss ihre de-
52 mokratische Legitimität folglich aus unterschiedlichen Quellen be-
53 ziehen. Ziel unserer Politik ist es, die Europäische Union als eine
54 funktionstüchtige und beteiligungsoffene Mehrebenendemokratie
55 weiterzuentwickeln.

1 Deshalb müssen die Kompetenzen des Europäischen Parlaments
2 konsequent weiter gestärkt werden. Das Parlament muss gleichbe-
3 rechtigt mit den im Ministerrat zusammengeschlossenen nationa-
4 len Regierungen an der gesamten europäischen Rechtssetzung
5 mitwirken. Wir fordern auch in Fragen der europäischen Außen-, Si-
6 cherheits- und Verteidigungspolitik sowie bei der Agrarpolitik das
7 Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlamentes. Das Euro-
8 päische Parlament braucht umfassende parlamentarische Kontroll-
9 rechte gegenüber der Europäischen Kommission sowie das Recht
10 zu eigenen Gesetzesinitiativen.

11
12 Wir treten dafür ein, dass die nationalen Parlamente der Mitglieds-
13 staaten enger in die europäische Politik einbezogen werden. Ihre
14 Informations- und Beteiligungsrechte sind nachhaltig zu stärken.
15 Nationale Parlamente müssen streng kontrollieren können, ob die
16 Europäische Union das Prinzip der Subsidiarität bei ihren Regelun-
17 gen wahrt. Nationale Parlamente und das Europaparlament sind
18 auf ihren Ebenen gleichermaßen verantwortliche Partner bei der
19 demokratischen Kontrolle der EU.

20
21 Die demokratische Gestaltung Europas beginnt in den Kommunen
22 und Regionen. Die EU muss ihre föderalen und zwischenstaatlichen
23 Ebenen demokratisch und transparent organisieren und sie darf
24 nur dort eingreifen, wo eine europaweite Regelung notwendig ist.

25
26 Eine europäische Demokratie ist nur dann dauerhaft lebensfähig,
27 wenn sie auf dem politischen Engagement und dem öffentlich arti-
28 kulierten Willen der Bürgerinnen und Bürger in Europa ruht. Stärker
29 noch als bisher muss daher die europäische Politik in einer europäi-
30 schen Öffentlichkeit debattiert werden. Europa braucht den demo-
31 kratischen Streit um politische Alternativen. Deshalb wollen wir die
32 direkten Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärken.
33 Ebenso sind starke europäische Parteien und zivilgesellschaftliche
34 Organisationen unabdingbar.

35
36 Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) zu ei-
37 ner politisch starken Mitglieder- und Programmpartei weiterzuent-
38 wickeln. In Zukunft sollen die Mitglieder der sozialdemokratischen
39 Parteien in Europa die SPE bilden. Wir setzen uns für die Erarbeitung
40 eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms für Europa ein.

41

42 **4.3 Solidarische Bürgergesellschaft** 43 **und demokratischer Staat** 44

45

46 Jede Demokratie lebt durch das Engagement ihrer Bürgerinnen und
47 Bürger. Darum wollen wir eine starke, vitale Bürgergesellschaft, in
48 der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der Vereinigung und
49 Versammlung ausgiebig nutzen. Nur dann kann unsere Gesell-
50 schaft die Kraft zur beständigen Erneuerung aufbringen. Eine
51 selbstbewusste Bürgerschaft gestaltet und organisiert ihr Zusammen-
52 leben in einem handlungsfähigen Staat.

53

54 Ein leistungsfähiger, transparenter und bürgerfreundlicher Staat
55 bleibt gerade in einer Welt, in der starke Einzelinteressen die Priva-

1 tisierung öffentlicher Aufgaben versuchen, unverzichtbar. Wir wis-
2 sen, dass eine lückenlose Verrechtlichung aller Lebenssituationen
3 nicht zu mehr Gerechtigkeit führt und dass Gesetze nicht alle Pro-
4 bleme lösen können. Aber wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche
5 Interessen auch in Zukunft allein durch den Primat der Politik be-
6 stimmt werden.

7
8 Wir wollen starke Parlamente. Sie sind das Herz demokratischer
9 Willensbildung. Und wir wollen, dass Abgeordnete von einer wa-
10 chen, diskutierenden Öffentlichkeit begleitet und angespornt wer-
11 den. Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes
12 mit. Damit haben sie eine herausgehobene Stellung in unserer par-
13 lamentarischen Demokratie. Wir nehmen den Auftrag der Parteien
14 ernst, die stetige politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an
15 den Entscheidungen sicherzustellen. Wir wollen neue Begeisterung
16 für die Demokratie wecken, eine höhere Wahlbeteiligung und mehr
17 direkte Einmischung erreichen. Wir stehen für mehr Demokratie
18 und mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen
19 und Bürger als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. In
20 gesetzlich festzulegenden Grenzen sollen Volksbegehren und
21 Volksentscheid in Gemeinden, Ländern und Bund parlamentarische
22 Entscheidungen ergänzen. Die verfassungsrechtlichen Beschrän-
23 kungen der Mehrheitsmacht gelten auch für die direkte Bürgerbe-
24 teiligung.

25
26 Gutes Regieren in einem handlungsfähigen Staat erfordert den Ab-
27 bau von nutzloser Bürokratie. Wir brauchen eine kraftvolle Moder-
28 nisierung der Verwaltung, damit sie ihre Aufgaben bei raschem
29 Wandel zeitgemäß erfüllt. Öffentliche Mittel dürfen an keiner Stel-
30 le verschwendet werden. Wir wollen keinen vormundschaftlichen,
31 sondern einen aktivierenden Staat, der den Bürgerinnen und Bür-
32 gern dient und der die Aufgaben, die sie ihm zuweisen, zielbewusst,
33 wirksam und wirtschaftlich erledigt.

34
35 Wer Ämter und Mandate übernimmt, trägt große Verantwortung.
36 Wir wollen Politikerinnen und Politiker, die mit der Gesellschaft ver-
37 bunden bleiben und sich an Aufrichtigkeit, Offenheit und Klarheit
38 orientieren.

40 **Die solidarische Bürgergesellschaft**

41
42 Mehr Menschen als je zuvor führen heute ein aktives, selbstbe-
43 stimmtes, emanzipiertes und unabhängiges Leben. Das Wissen
44 über andere Länder und Kulturen, das Selbstbewusstsein und die
45 Handlungsmöglichkeiten der Menschen sind gewachsen. Wir set-
46 zen uns dafür ein, dass unsere Gesellschaft von diesen Kenntnissen
47 und Erfahrungen stärker profitiert. Menschen brauchen dafür An-
48 stöße, aber auch günstige Rahmenbedingungen. Die soziale Verant-
49 wortung von Menschen für Menschen muss in unserem Gemein-
50 wesen größere Bedeutung erlangen. Das verstehen wir unter einer
51 solidarischen Bürgergesellschaft. Sie ist das große Potential für die
52 soziale Demokratie in unserer Zeit.

53
54 Eine starke Bürgergesellschaft bietet uns Heimat in Zeiten stürmi-
55 schen Wandels. Wo Menschen sich für Menschen einsetzen, sind

1 Verantwortungsbereitschaft, Gerechtigkeitssinn, gegenseitige An-
2 erkennung, Solidarität und Mäßigung beim Gebrauch individueller
3 Freiheit erfahrbar. Aus dieser gelebten gesellschaftlichen Solidarität
4 wächst neuer Zusammenhalt – gegen die Vereinzelung des Men-
5 schen und die Fliehkräfte des modernen Lebens. Wo wir soziale Pro-
6 bleme gemeinsam lösen, finden wir Orientierung, Vertrauen und
7 Sicherheit.

8
9 Die Bürgergesellschaft organisiert sich in Vereinen, Stiftungen und
10 Initiativen, die vor allem durch freiwilliges Engagement getragen
11 werden. Wenn Bürgerinnen und Bürger gemeinsam handeln, kön-
12 nen sie viele konkrete Aufgaben selbst erledigen. Ihre Stärke liegt
13 darin, andere zum Mitmachen anzuregen, Probleme früh zu erken-
14 nen und angemessen zu lösen. Wir setzen uns dafür ein, dass Eh-
15 renämter mehr Anerkennung, Anreize und eine bessere Absiche-
16 rung erhalten. Viele Menschen setzen ihre Zeit ein, um für die Ge-
17 sellschaft zu wirken. Andere stellen aus ihrem privaten Vermögen
18 finanzielle Mittel bereit. Beides ist notwendig. Das Ehrenamt wol-
19 len wir mit einer Kultur des gemeinnützigen Stiftens verbinden.

20
21 Demokratische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsge-
22 meinschaften sowie Sozial- und Umweltverbände sind herausra-
23 gende Träger der solidarischen Bürgergesellschaft. Besonders die
24 junge Generation sucht attraktive Möglichkeiten, um sich in Ge-
25 meinschaft zu engagieren und den Mehrwert durch Solidarität zu
26 erleben. Soziale Bewegungen greifen immer wieder akute Zeitfra-
27 gen auf, streiten für globale Gerechtigkeit, den Schutz der Umwelt
28 oder der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wollen diese Orga-
29 nisationen stärken. Sie sind unsere Partner.

30
31 Sport bietet Herausforderung und Anerkennung. Das gilt für den
32 Breiten- und den Behindertensport genauso wie für den Leistungs-
33 sport. Im Sportverein können Ehrgeiz und Solidarität zusammenfin-
34 den, über Altersgrenzen, soziale und kulturelle Unterschiede hin-
35 weg. Vereine aktivieren und verbinden die Menschen. Sport dient
36 der Gesundheitsvorsorge. Er unterstützt Fairness und Toleranz. Des-
37 halb schützen und fördern wir den Sport als wichtigen Teil der Kul-
38 tur in Bund, Ländern und Gemeinden.

40 **Starke Kommunen**

41
42 Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den
43 Kommunen. Sie sind es, die den Alltag der Menschen prägen. In ih-
44 nen wachsen auch die Herausforderungen. In den Kommunen ent-
45 scheidet sich, ob alle Kinder eine gute frühkindliche Förderung be-
46 kommen. Hier erweist sich, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen
47 miteinander oder nebeneinander her leben. Hier stellt sich heraus,
48 ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen
49 integriert bleiben und sich die Menschen im öffentlichen Raum si-
50 cher fühlen. In den Kommunen müssen soziale Gegensätze ausge-
51 glichen werden, hier sind Wohnviertel und Dienstleistungen anzu-
52 passen, wenn die Menschen älter werden oder fortziehen und die
53 Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner sinkt. Hier sind historische
54 Bauwerke zu bewahren, hier ist eine lebendige Baukultur zu schaf-
55 fen. Es ist die kommunale und regionale Lebenswelt mit ihrer jeweils

1 einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft,
2 Überschaubarkeit und Sicherheit im Wandel bietet.

3

4 Kommunen können auf lokale Besonderheiten besonders gut rea-
5 gieren. Sie entwickeln eine Vielzahl von Lösungsmöglichkeiten für
6 eine Vielzahl von Aufgaben. Darum stärken wir die kommunale
7 Selbstverwaltung, verbessern ihre Qualität und vergrößern ihre Or-
8 ganisationsfreiheiten. Wir erweitern den finanziellen Handlungs-
9 spielraum der Kommunen und wir übertragen ihnen keine Aufga-
10 ben ohne die dafür erforderlichen Mittel.

11

12 **Der soziale Bundesstaat**

13

14 Der demokratische und soziale Bundesstaat gehört zu den wich-
15 tigsten Voraussetzungen für den Erfolg der Bundesrepublik
16 Deutschland. Wir halten an diesem Prinzip fest. Es bedeutet: Ent-
17 scheidungen müssen dort getroffen werden, wo sie nahe an den
18 Aufgaben und Problemen sind. Wir folgen auch hier der Idee der
19 Subsidiarität. Das heißt: Die kleinere politische Einheit hat Vorrang
20 vor der größeren.

21

22 Die Verlagerung zentraler Zuständigkeiten auf die Europäische Uni-
23 on, die Anforderungen der Globalisierung und der demografische
24 Wandel setzen den sozialen Bundesstaat unter erheblichen Erneue-
25 rungsdruck. Der Föderalismus muss neue Kraft gewinnen. Wir wol-
26 len unsere bundesstaatliche Ordnung übersichtlicher gestalten. Der
27 Bund und die Länder müssen je für sich ebenso wie im Verbund
28 handlungsfähiger werden. Die Abgrenzung der Kompetenzen muss
29 sich daran orientieren, wie Aufgaben am besten gelöst werden, und
30 nicht an der Wahrung von Zuständigkeiten. Zwischen benachbar-
31 ten Ländern unterstützen wir eine engere Zusammenarbeit bis hin
32 zur gemeinsamen Erledigung von Aufgaben. Wir sind für die Verei-
33 nigung von Ländern, wo dieser Schritt die politische Gestaltungs-
34 kraft verbessert und die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bür-
35 ger findet. Wir wollen die Eigenkräfte der Städte und Regionen för-
36 dern und fordern.

37

38 Wir übertragen politische Entscheidungsgewalt auch in Zukunft
39 auf die Europäische Union, wenn der größere europäische Rechts-
40 raum mehr Sicherheit und Wohlstand für die Menschen fördert.
41 Aber wir verzichten nur dann auf nationalstaatliche Kompetenzen
42 zugunsten europäischer oder internationaler Institutionen, wenn
43 deren demokratische Kontrolle gesichert ist.

44

45 Die regionale Ungleichheit von Wirtschafts- und Finanzkraft hat zu-
46 genommen. Prosperierende Ballungsräume, die zu Knotenpunkten
47 von wirtschaftlicher und kultureller Dynamik werden, sind im glo-
48 balisierten Wettbewerb gegenüber strukturschwachen städtischen
49 und ländlich geprägten Räumen im Vorteil. Wir setzen deshalb auf
50 die solidarische Beistandspflicht zwischen allen Teilen Deutsch-
51 lands – Ost und West, Nord und Süd. Die besondere Situation in
52 Ostdeutschland erfordert besondere Anstrengungen und gesamt-
53 deutsche Solidarität. Bund, Länder und Gemeinden müssen finan-
54 ziell handlungsfähig sein. Aufgabe des sozialen Bundesstaates ist
55 ein effektiver finanzieller Ausgleich zwischen ihnen. Unser Leitbild

1 ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Jede Kommune und
2 jedes Land hat eigene Stärken, die wir unterstützen wollen.

3

4 **Sicherheit in Freiheit**

5

6 Eine freie und offene Gesellschaft gründet auf die verlässliche Ein-
7 haltung von Regeln und auf sozialen Zusammenhalt. Wo das nicht
8 gilt, geht mit der Sicherheit auch die Freiheit verloren. Sicherheit ist
9 ein grundlegendes öffentliches Gut. Menschen müssen ohne Furcht
10 vor Zwang und Verbrechen leben können, damit politische Freiheit
11 und Teilhabe gedeihen.

12

13 Der Rechtsstaat bindet alle Machtausübung an Recht und Gesetz.
14 Allein diese Bindung legitimiert die Befugnis zur Durchsetzung der
15 Rechtsordnung. Der Staat hat das Gewaltmonopol inne. Wir wider-
16 setzen uns allen Bestrebungen, die Pflicht des Staates, die Bürgerin-
17 nen und Bürger zu schützen, auf Private zu übertragen oder Sicher-
18 heit gar wie eine beliebige Ware zum Kauf feilzubieten.

19

20 Die Sicherheit in unserem Land ist von innen wie von außen bedroht:
21 durch Kriminalität, Extremismus und Terrorismus. Diese bekämpfen
22 wir konsequent mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats. Si-
23 cherheit im Inneren ist Aufgabe der Polizeien von Bund und Ländern.
24 Das Verbot der Willkür und der Folter gilt absolut. Der freiheitliche
25 Rechtsstaat hat seine Prinzipien zu wahren. Das ist das erste Gebot
26 der geistigen Abwehr von Extremismus und Terrorismus.

27

28 Rechtsextreme bedrohen unsere Freiheit und unsere Demokratie.
29 Gegen Ideologie und Gewalt des Rechtsextremismus leisten Sozial-
30 demokratinnen und Sozialdemokraten entschiedenen Widerstand.
31 Extremismus, Rassismus und Antisemitismus haben keinen Platz in
32 unserer Gesellschaft.

33

34 Religiös motivierter Extremismus ist ebenso entschlossen in die
35 Schranken zu weisen. Menschenrechte sind auch unter Berufung
36 auf religiöse Regeln und Riten oder Traditionen nicht relativierbar.
37 Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Traditionen findet dort
38 ihre Grenze, wo Menschenrechte verletzt werden. Unterdrückung,
39 Gewalt, Verweigerung der Selbstbestimmung, Zwangsverheira-
40 tung, Zwangsprostitution oder so genannte Ehrenmorde an Frauen
41 müssen mit allen rechtlichen Mitteln verhindert und geahndet
42 werden. Betroffene Frauen und Mädchen müssen soziale Hilfen
43 und Rechtsbeistand erhalten.

44

45 Die Menschen haben ein tiefes Bedürfnis nach umfassender Sicher-
46 heit. Dazu zählen menschliche Zuwendung, Geborgenheit und An-
47 erkennung. Dieses Bedürfnis wächst, wenn Menschen Veränderun-
48 gen ausgesetzt sind, die sie nicht kontrollieren können, die ihre
49 Existenz bedrohen, ihr Wissen entwerten oder ihre Wertevorstel-
50 lungen in Frage stellen. Familie und Nachbarschaft, das gesamte
51 Netzwerk gesellschaftlicher Beziehungen in Vereinen, Gewerk-
52 schaften, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, Organisa-
53 tionen bürgerschaftlichen Engagements und Hilfswerken bildet ei-
54 ne kostbare soziale Voraussetzung des persönlichen Sicherheitsge-
55 fühls. Weil dieses Netz etwas leistet, was der Staat und die Politik

1 nicht selbst leisten können, haben wir ein außerordentliches Inte-
2 resse an der Freiheit und Vitalität mitmenschlicher Beziehungen
3 und bürgerschaftlicher Organisationen.

4 5 **Integration und Einwanderung**

6
7 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderinnen und Ein-
8 wanderer haben unser Land wirtschaftlich und kulturell enorm be-
9 reichert. Im Zeitalter von Globalisierung und demografischem Wan-
10 del wird die Aufgabe, unsere Gesellschaft für Menschen aus ganz
11 unterschiedlichen Ländern und Kulturen zu öffnen, noch wichtiger.
12 Wir brauchen und wollen mehr qualifizierte Einwanderinnen und
13 Einwanderer. Und wir wollen unser Land konsequent auf die Zu-
14 kunft als Einwanderungsgesellschaft vorbereiten.

15
16 Einwanderung verlangt Integration. Wer sich dauerhaft ansiedelt,
17 muss die gleichen Chancen und Beteiligungsmöglichkeiten am poli-
18 tischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben
19 erhalten. Wir verstehen Einwanderung als Übereinkunft zwischen
20 den Menschen, die zu uns kommen, und der Gesellschaft, die sie auf-
21 nimmt. Beide Seiten müssen ihren Nutzen davon haben und beide
22 Seiten müssen bereit zur Integration und zur Toleranz sein. In einer
23 Einwanderungsgesellschaft ist es unerlässlich, dass unterschiedliche
24 Kulturen aufeinander zugehen und sich nicht abkapseln. Integration
25 heißt für uns: Wir wollen faire Chancen und klare Regeln.

26
27 Auch wer auf Dauer in Deutschland leben will, braucht seine Her-
28 kunft nicht zu verleugnen. Das Grundgesetz bietet Raum für kultu-
29 relle Vielfalt, es sichert die Freiheit des Glaubens, Gleichberechtigung
30 von Frau und Mann und achtet das Recht von Minderheiten.
31 Es setzt aber auch klare Grenzen, die niemand unter Hinweis auf
32 Herkunft oder religiöse Überzeugung außer Kraft setzen darf. Die
33 Unterdrückung, Diskriminierung und Bedrohung von Frauen und
34 Mädchen bekämpfen wir mit allem Nachdruck. Niemand darf sie
35 an der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit hindern und ihnen Bil-
36 dungschancen vorenthalten.

37
38 Bildung und ganz besonders die Kenntnis der deutschen Sprache
39 sind unverzichtbare Voraussetzungen dafür, dass Menschen unter-
40 schiedlicher Herkunft in unserem Land miteinander leben können.
41 Wir verbessern die Bildungsangebote und fordern das individuelle
42 Engagement der Einwanderinnen und Einwanderer. Integration ge-
43 lingt am leichtesten, wenn sie schon im frühen Kindesalter be-
44 ginnt. Aktive Integrationspolitik muss besonders bei den Kindern
45 von Einwanderern ansetzen.

46
47 Die politische Partizipation von Einwanderern muss ausgebaut
48 werden. Deshalb plädieren wir für die grundsätzliche Möglichkeit
49 der Mehrstaatlichkeit und für ein kommunales Wahlrecht auch für
50 Ausländerinnen und Ausländer, die nicht aus EU-Staaten kommen.

51
52 Als Einwanderungsland streben wir die Einbürgerung der zu uns
53 kommenden Menschen an. Wir wissen: Dieser Schritt ist nicht das
54 Ende der Integration, sondern eine wichtige Etappe, die eine volle
55 politische Teilhabe ermöglicht.

1 Wir wollen den Dialog zwischen den Religionen und Kulturen – ins-
2 besondere mit dem Islam – intensiver und breiter führen und ver-
3 bindlicher gestalten. Wir wollen Ängste und Berührungsängste ab-
4 bauen und den wechselseitigen Respekt stärken. Deutschland ist
5 unsere gemeinsame Heimat.

6
7 Wir stehen zu dem Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Da-
8 raus folgt die Verantwortung, Menschen Schutz und Zuflucht zu
9 geben, die vor Gewalt, vor geschlechtsspezifischer, staatlicher und
10 nicht staatlicher Verfolgung und Diskriminierung aus ihrer Heimat
11 fliehen. Wer über lange Zeit in Deutschland geduldet war, soll einen
12 gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen. Wir setzen uns für eine
13 gemeinschaftliche Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene ein.
14 Sie muss auch dafür sorgen, die Ursachen von Flucht und Vertrei-
15 bung zu bekämpfen.

16 17 **Öffentlichkeit und Medien**

18
19 Das Prinzip der Öffentlichkeit gehört zum Wesen der Demokratie.
20 Die Meinungs- und Informationsfreiheit erfüllt sie mit Leben. Freie
21 Medien ermöglichen Aufklärung, Meinungsbildung, politische Be-
22 teiligung und Machtkontrolle.

23
24 Die Medien erleben eine rasante technische Entwicklung. Neben
25 Zeitung, Buch, Fernsehen und Rundfunk spielen Computer, Internet
26 und Mobilfunk eine immer größere Rolle. Die Mediensparten wach-
27 sen zusammen und prägen immer stärker sämtliche Bereiche unse-
28 res Alltags. Der Umgang damit muss gelernt sein. Wir wollen Me-
29 dienkompetenz zum Bildungsschwerpunkt machen. Wir wollen die
30 Chance nutzen, durch neue Medien die freiheitliche politische Teil-
31 habe und den Zugang zum Wissen zu erweitern.

32
33 Wir stärken die Qualität, die Transparenz und die Vielfalt der Me-
34 dien. Manipulation, politische Einseitigkeit und Jugendgefährdung
35 bekämpfen wir. Unsere Medienpolitik schützt auf nationaler, euro-
36 päischer und globaler Ebene die Freiheit der Meinung und der In-
37 formation. Wir verteidigen die politische Unabhängigkeit der Me-
38 dien vom Staat und von mächtigen wirtschaftlichen Interessen. Für
39 uns sind die duale Rundfunkordnung und der öffentlich-rechtliche
40 Rundfunk unersetzliche Elemente einer demokratischen Öffentlich-
41 keit. Zugleich verlangen wir eine effektive Selbstkontrolle der Me-
42 dien und die Einhaltung journalistisch-ethischer Standards.

43
44 Die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger über die eige-
45 nen Daten ist ein Grundrecht. Der Fortschritt der Informationstech-
46 nik durchlöchert dieses Recht zusehends. Bessere Medienkompe-
47 tenz trägt dazu bei, die freiwillige Preisgabe persönlicher Daten in
48 ihrer Tragweite einzuschätzen. In vielen Bereichen des Lebens bleibt
49 der Schutz von personenbezogenen Daten unverzichtbar.

50 51 **Die Kultur der demokratischen Gesellschaft**

52
53 Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Kulturbewe-
54 gung. Wir stehen in der Tradition eines weiten Kulturbegriffs. Er
55 reicht über die Künste hinaus und bezieht auch kulturelle Bildung,

1 geschichtliches Erbe und die Formen unseres Zusammenlebens ein.
2 Wir brauchen eine politische Kultur, die unsere Demokratie stützt.

3
4 Kultur ist in besonderer Weise der Raum, in dem sich die Gesell-
5 schaft ihrer Werte- und Zielvorstellungen vergewissert. Sie stärkt
6 die Menschen, schafft Zugehörigkeit, das Bewusstsein von Verwur-
7 zelung und trägt damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

8
9 In den innergesellschaftlichen wie bei den weltpolitischen Ausei-
10 nandersetzungen und Gefährdungen spielen Fragen der Kultur eine
11 wichtige Rolle. Um des inneren und äußeren Friedens willen befür-
12 worten wir deshalb den Dialog zwischen den Kulturen als ein wich-
13 tiges Moment sozialer Integration von Menschen unterschiedlicher
14 ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prä-
15 gung. Kulturelle Verständigung ist eine wichtige Aufgabe friedli-
16 cher Globalisierung. Es geht um eine Kultur der Anerkennung, die
17 der Entwicklung von Parallelgesellschaften ebenso entgegenwirkt
18 wie der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten. Wir wollen
19 kulturelle Vielfalt statt fundamentalistischer Verengungen und Po-
20 litisierungen von religiösen und kulturellen Unterschieden.

21
22 Friedliche Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geis-
23 tigen Wurzeln aus christlich-jüdischer Tradition, Humanismus und
24 Aufklärung versichern. Nur eine sowohl wertefundierte wie tole-
25 rante Kultur kann sich gegen den Versuch behaupten, Kultur und
26 Religion zur Begründung von Ausgrenzung zu missbrauchen.

27
28 Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bür-
29 gergesellschaft und des Staates. Privates, bürgerschaftliches Enga-
30 gement ist nötig. Wir begrüßen und fördern es. Doch der Staat hat
31 eine nicht delegierbare Verantwortung. Wir bekennen uns zu
32 Deutschland als einem Kulturstaat. Er sichert die Vielfalt der Kultur-
33 landschaft, die kulturelle Bildung, die Pflege unseres Erbes und un-
34 serer Erinnerungskultur. Er fördert die Künste und übernimmt Ver-
35 antwortung für die soziale Absicherung freier künstlerischer Exis-
36 tenzen. Er wirbt für unsere Kultur im Ausland. Kreative Potenziale –
37 von künstlerischen Freiräumen bis zur wachsenden Kulturwirt-
38 schaft – werden in den kommenden Jahrzehnten, in denen Innova-
39 tionen über die Zukunft entscheiden, immer wichtiger. Die Zukunft
40 unserer Wissensgesellschaft ist auch eine kulturelle Aufgabe.

41 42 **Kirchen, Religions- und** 43 **Weltanschauungsgemeinschaften** 44

45
46 Wir bekennen uns zum christlich-jüdischen und humanistischen Er-
47 be Europas und zur Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen
48 die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der
49 Verkündigung.

50
51 In einer religiös und weltanschaulich vielfältigen Gesellschaft muss
52 sich die Achtung vor dem Andersdenkenden bewähren. Grundlage
53 für die an Religionsfreiheit orientierte Gestaltung unserer Gesell-
54 schaft ist die Verfassung des freiheitlichen und demokratischen
55 Rechtsstaates.

1 Für uns ist das besondere Engagement der Kirchen, der Religions-
2 sowie der Weltanschauungsgemeinschaften unersetzlich. Dies gilt
3 insbesondere im Blick auf ihre soziale Verantwortung für das Ge-
4 meinwohl und ihre Bedeutung bei der Vermittlung von demokrati-
5 schen Werten. Wir suchen das Gespräch mit ihnen und die Zusam-
6 menarbeit in freier Partnerschaft bei gemeinsamen Aufgaben. Wir
7 achten ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten autonom zu regeln.

4.4 Die Gleichstellung der Geschlechter

11 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstreben eine Ge-
12 sellschaft, in der Männer und Frauen gleich, frei und solidarisch
13 miteinander leben.

15 Seit dem 19. Jahrhundert hat die SPD gleiche Rechte für Frauen ver-
16 langt und sie Schritt für Schritt umgesetzt, vom Frauenwahlrecht
17 bis zu gleichen Rechten in Ehe und Familie, im Beruf und im Zugang
18 zu den Bildungseinrichtungen. Dabei wurde klar, dass gleiche Rech-
19 te noch keine Gleichstellung bedeuten, dass dazu vielmehr die tra-
20 ditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau überwunden
21 werden muss. Die starre Rollenfestlegung benachteiligt Frauen und
22 Männer.

24 Die SPD ist vorangegangen: Sie hat gleiche Bildungschancen für
25 Mädchen geschaffen und für Frauen die bessere Beteiligung in den
26 demokratischen Parteien, Parlamenten und Regierungen durchge-
27 setzt. Sie war wegweisend und bahnbrechend, auch für andere Par-
28 teien und Institutionen.

30 Dennoch erhalten Frauen immer noch weniger Lohn als Männer,
31 Frauen haben schlechtere Berufs- und Aufstiegschancen. Frauen
32 haben die Last der Vereinbarkeit von Beruf und Familie überwie-
33 gend zu tragen.

35 Wir wollen eine Gesellschaft mit gleichen Rechten und Möglichkei-
36 ten für alle Menschen: beim Zugang zu Bildung, Ausbildung, Beruf,
37 Aufstieg, Ehrenamt und politischer Arbeit, unabhängig von Ge-
38 schlecht, sexueller Identität, sozialer und ethnischer Herkunft oder
39 Religionszugehörigkeit.

41 Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen Erwerbs- und
42 Hausarbeit, Kindererziehung und gesellschaftliches Engagement
43 ausüben können.

45 Wir wollen, dass junge Frauen ihre Vorstellung von einem selbstbe-
46 stimmten Leben verwirklichen können. Sie wollen beides: Beruf und
47 Familie. Auch Männer wollen Erzieher und Begleiter ihrer Kinder
48 sein. Dieses partnerschaftliche Leitbild der gemeinsamen Familien-
49 arbeit und gleichzeitiger Berufstätigkeit muss die Gesellschaft er-
50 möglichen.

52 Existenzsichernde Erwerbsarbeit, gleicher Zugang zum Beruf und
53 beruflichen Aufstieg, gleiche Bezahlung, elternfreundliche Arbeits-
54 zeiten und verlässliche pädagogische Ganztagsangebote für Kinder
55 aller Altersstufen sind hierfür Grundvoraussetzungen.

1 Erwerbstätigkeit ohne Existenz sicherndes Einkommen für Frauen
2 überwindet die Rollenfestlegung nicht, verfestigt sie vielmehr und
3 verhindert die Gleichstellung bis ins Alter.

4
5 Wir wollen, dass alle Regierungen und Verwaltungen das, was sie
6 planen, beschließen und umsetzen, auf die Auswirkungen auf das
7 Leben von Frauen, Männern und Kindern überprüfen und es – wenn
8 nötig – korrigieren. Das ist das Prinzip des „Gender Main-
9 streaming“.

10
11 Die Umgestaltung unserer Gesellschaft in eine Gesellschaft mit
12 gleichen Chancen für Männer und Frauen erfasst alle Lebensberei-
13 che von der Familie bis zur Arbeitswelt, von Bildung und Kultur bis
14 zur demokratischen Teilhabe, von der Innenpolitik bis zur Außenpo-
15 litik und Entwicklungshilfe. Es umfasst auch alle Rechtsbereiche, so-
16 weit sie die Gleichstellung hemmen.

17
18 Wer die menschliche Gesellschaft will, wer ein Leben in Partner-
19 schaft will, muss die Gleichstellung von Frau und Mann hier und
20 heute verwirklichen.

21 22 **4.5 Neue Wertschöpfung und gute Arbeit**

23
24 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verfolgt drei Hauptziele.
25 Wir wollen einen möglichst hohen Wohlstand, an dem alle Men-
26 schen gerecht teilhaben. Jede Frau und jeder Mann soll die Mög-
27 lichkeit erhalten, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu er-
28 wirtschaften. Gleichzeitig müssen wir unsere natürlichen Lebens-
29 grundlagen nachhaltig sichern.

30
31 Diese Ziele lassen sich nur mit einer hohen wirtschaftlichen Wert-
32 schöpfung und mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit verwirk-
33 lichen. Wir bejahen den technologischen Fortschritt. Wir wollen
34 Technik gestalten für eine menschengerechte, sozial gerechte und
35 nachhaltige Entwicklung. Neue Technologien schaffen neue Märkte,
36 entfachen Wirtschaftswachstum und können die Kräfte unserer
37 Gesellschaft mobilisieren. Wir begreifen die Globalisierung als
38 Chance für neue Arbeitsplätze und für die Sicherung des Wohl-
39 stands in den kommenden Jahrzehnten. Dazu brauchen wir einen
40 Ordnungsrahmen für Wettbewerb, der langfristiges Wachstum un-
41 terstützt und nicht den kurzfristigen Profit in den Mittelpunkt
42 stellt.

43 44 **Wir erneuern die Soziale Marktwirtschaft**

45
46 SPD und Gewerkschaften haben die Soziale Marktwirtschaft als
47 ordnungspolitisches Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutsch-
48 land maßgeblich ausgestaltet. Dieses Modell ist eine der herausra-
49 genden wirtschaftspolitischen Leistungen des 20. Jahrhunderts. Die
50 Soziale Marktwirtschaft hat sozialen Frieden, wirtschaftliche Stärke
51 und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten vereint. Sie macht
52 aus der Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen
53 und Arbeitnehmer eine Produktivkraft. Sie stärkt und erhält den ge-
54 sellschaftlichen Zusammenhalt.

55

1 Aber wir wissen auch: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft mo-
2 dernisieren, um sie zu erhalten. Die Globalisierung der Güter-, Fi-
3 nanz- und Dienstleistungsmärkte, der Wandel der Arbeitswelt und
4 die Digitalisierung stellen das bewährte Ordnungsmodell auf die
5 Probe. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss den Wandel im
6 Geiste sozialer Gerechtigkeit gestalten. Wir wollen die Grundpfeiler
7 unseres Wirtschafts- und Sozialmodells zukunftsfest für das 21.
8 Jahrhundert machen. Das können wir nur gemeinsam in Europa
9 und mit der Europäischen Union schaffen. Ein realistisches Leitbild
10 für die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft muss die
11 Effizienz und Rationalität von dezentralen Marktentscheidungen
12 ebenso anerkennen wie ihre Grenzen. Es bleibt dabei: So viel Markt
13 wie möglich, so viel politische Regulierung wie nötig.

14
15 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss die Chancen der Glo-
16 balisierung für alle zugänglich machen. Dumpingwettbewerb mit
17 immer billigeren Produkten, bei denen Renditen nur durch Lohn-
18 senkungen und Sozialabbau erzielt werden können, vermag dies
19 nicht zu leisten.

20

21 **Politik für Vollbeschäftigung**

22

23 Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen. Die Schaffung von
24 mehr und besseren Arbeitsplätzen ist Maßstab erfolgreicher Wirt-
25 schaftspolitik. Die Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt
26 ist Ziel sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.
27 Unter den Bedingungen im 21. Jahrhundert bedeutet Vollbeschäfti-
28 gung nicht mehr die unausgesprochene Garantie, dass jeder ein Le-
29 ben lang in derselben Firma einen sicheren Arbeitsplatz hat. Die
30 wachsende wirtschaftliche Dynamik fordert von den Menschen Ar-
31beitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem aber ständiges Dazu-
32lernen. Phasen der Kindererziehung oder der Pflege von älteren An-
33gehörigen erfordern häufig berufliche Einschränkungen oder sogar
34 Auszeiten vom Berufsleben. Selbstständige Erwerbsformen werden
35 weiter zunehmen.

36

37 In diesem Verständnis geben wir das Ziel der Vollbeschäftigung in
38 Deutschland auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit nicht
39 auf. Uns geht die Arbeit nicht aus, im Gegenteil. Unsere Zukunft
40 liegt in innovativen, hochwertigen Gütern und in mehr Angeboten
41 und Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich. Je mehr Menschen
42 in Arbeit sind, desto höher ist unser Wohlstand. Gerade auch ange-
43sichts der demografischen Entwicklung wollen wir unsere Potenzia-
44le nutzen. Die Erwerbsquoten von Älteren und Geringqualifizierten
45 müssen deutlich angehoben werden. Jede Arbeit, auch einfachere
46 Dienstleistungstätigkeit, verdient Respekt und Anerkennung und
47 muss die Chance des Aufstiegs in qualifizierte Arbeit bieten.

48

49 Eine Politik für Vollbeschäftigung basiert auf vier Säulen: erstens
50 ein möglichst hohes Wachstum, einen Vorsprung in marktfähigen
51 Produkten und eine besondere Beschäftigungsdynamik im Dienst-
52 leistungsbereich, die zu einem deutlich höheren Angebot an Ar-
53beitsplätzen führen. Zweitens unterstützt der Vorsorgende Sozial-
54staat durch koordinierte Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs-
55 und Familienpolitik die Menschen dabei, Übergänge und Unterbre-

1 chungen in ihren Erwerbsbiographien zu meistern und ihre Be-
2 schäftigungsfähigkeit zu erhalten. Drittens sind für Menschen, die
3 auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben, besondere
4 Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Ar-
5 beit nötig. Viertens ist eine moderne Arbeitszeitpolitik nötig, die
6 Selbstbestimmung und Flexibilität fördert sowie durch Arbeitszeit-
7 verkürzung mehr Menschen in Beschäftigung bringt.

8
9 Die Erwerbstätigkeit von Frauen wollen wir deutlich anheben. Jun-
10 ge Männer und Frauen brauchen die gleichen Möglichkeiten, durch
11 eine breite Berufs- und Studienwahl die bisherige Trennung in typi-
12 sche Männer- und Frauenberufe zu überwinden. Erforderlich sind
13 verbindliche Zielvorgaben für die gleichberechtigte Teilhabe von
14 Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wis-
15 senschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien.

16 17 **Zukunftsmärkte brauchen Politik**

18
19 Im Zuge der Globalisierung wird sich das weltweite Bruttosozialpro-
20 dukt bis 2030 annähernd verdoppeln. Die deutsche Wirtschaft hat
21 also beste Aussichten, wenn es uns gelingt, die Chancen des bevor-
22 stehenden Wachstumsschubs zu nutzen und die neu entstehenden
23 Märkte überall auf der Welt mit attraktiven Gütern, Produkten und
24 Dienstleistungen zu versorgen. Darum müssen wir in allen Berei-
25 chen auf bessere Ideen, Innovationen und Spezialisierung setzen. Po-
26 litik, Unternehmen und Beschäftigte müssen in einem umfassenden
27 Sinne international denken. Wir können nicht aus der Globalisierung
28 aussteigen, wie manche Links- und Rechtspopulisten vorgaukeln.
29 Und auch der von Marktliberalen und Konservativen in Deutschland
30 propagierte Weg führt in die Irre: Sozialabbau, das Aushöhlen des
31 Tarifsystems und pauschale Arbeitszeitverlängerungen sind in einer
32 globalisierten Wirtschaft falsche Ansätze. Sie sind gegen die Men-
33 schen gerichtet, greifen auch ökonomisch zu kurz und gefährden die
34 Binnenkonjunktur. Einer Politik der resignativen Anpassung stellen
35 wir eine offensive Strategie des Qualitätswettbewerbs entgegen.

36
37 Die Menschheit steht vor großen sozialen und ökologischen He-
38 rausforderungen. Um sie zu meistern, brauchen wir innovative und
39 hochwertige Produkte und Dienstleistungen. In Folge der demogra-
40 fischen Entwicklung stellen Produkte und Dienstleistungen für die
41 ältere Generation ein zusätzliches Wachstumsfeld dar. Darum set-
42 zen wir auf qualitatives Wachstum. So können wir unsere Lebens-
43 qualität steigern, Ressourcen und Energie einsparen, den Klima-
44 wandel abmildern, Krankheiten heilen, Mobilität verbessern und
45 Kommunikation erleichtern. Neue Technologien werden vor allem
46 in diesen Zukunftsmärkten Anwendung finden.

47
48 Die ökologische Rettung der Erde ist nicht allein Angelegenheit von
49 Umwelt-, Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Sie wird zu
50 einem Antriebsmotor für ökonomische Wertschöpfung. Die Zu-
51 kunft gehört den so genannten „grünen Märkten“, die eine globale
52 Wachstumsdynamik ohne die Zerstörung unserer natürlichen Le-
53 bensgrundlagen möglich machen. Produkte und Dienstleistungen,
54 die unsere Gesundheit verbessern, sind nicht nur Kostenfaktoren,
55 sondern auch Zukunftsmärkte.

1 Wir wollen, dass die Wirtschaft gezielt und massiv in diese Märkte
2 investiert. Die deutsche Wirtschaft muss in diesen Leitmärkten an
3 der Spitze stehen.

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

Eine strategische und ökologische Industriepolitik

Die Industrie ist nach wie vor das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Viele Dienstleistungen, qualifizierte und einfache, hängen unmittelbar von der Industrie ab. Aber Industrieprodukte werden immer stärker auf Wissen und Dienstleistungen basieren.

Eine strategische Industriepolitik setzt auf den Ausbau der qualitativen Vorsprünge unseres Wirtschaftsstandortes. Unsere Chance liegt darin, Problemlösungen zu entwickeln, die sich weltweit exportieren lassen. Dazu müssen sich Forschung, Produktentwicklung und Unternehmen enger als bisher miteinander vernetzen. Wir wollen wissenschaftliche Entdeckungen, neue Technologien und Ideen auf direktem Weg in Produkte und Arbeitsplätze ummünzen.

Wir erzeugen zusätzliche Wertschöpfung, wenn wir in zentralen Leitmärkten die Bewältigung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben und die Stärkung unserer Industrie zusammenhängend begleiten. Strategische Industriepolitik ist auch ökologische Industriepolitik. Der Gedanke der ökologischen Nachhaltigkeit ist kein Wachstumshemmnis, sondern Wachstumsmotor.

Der Staat will Märkte nicht ersetzen, sondern ihnen einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen geben. Er kann als „Pionier“ wirtschaftlichen Handelns Leitmärkten entscheidende Impulse geben. Er muss industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit der Wirtschaft und der Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren. Der Staat muss seine Mittel und Instrumente bündeln – von der Forschung über gezielte Regulierung bis hin zur Beschaffung bestimmter Produkte. Eine solche strategische und ökologische Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe zahlreicher Politikfelder. Sie stärkt industrielle Kerne und regionale Wirtschafts-Cluster. Auch die Wachstumskerne in den neuen Bundesländern zeigen, wie aus Wissen neue Wirtschaft entsteht. Wir stärken diese Cluster als Motoren für eine neue Industriestruktur im Osten Deutschlands.

Moderne Dienstleistungspolitik

Nicht alle Arbeitsplätze in Deutschland stehen gleichermaßen im internationalen Wettbewerb. Dienstleistungen für Menschen in Bildung und Gesundheit, lokalem Handwerk, privaten Haushalten und sozialen Diensten bergen aber die größten Beschäftigungspotentiale. Um sie zu erschließen, brauchen wir mehr öffentliche und private Nachfrage nach diesen Dienstleistungen. Eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Männern wird auch die Nachfrage nach Dienstleistungen erhöhen.

Wir wollen qualifizierte Dienstleistungen stärken. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind zusätzliche Investitionen in die Pflege-, die Gesundheits- oder Betreuungsdienstleistungen

1 gen notwendig. Auch einfache Dienstleistungen müssen attraktiver
2 gemacht werden. Darum setzen wir uns für eine stärkere Steuerfinan-
3 zierung der sozialen Sicherungssysteme ein. Im Gegenzug müssen ge-
4 zielt die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich sinken.

5

6 **Wachstum und Stabilität**

7

8 Unsere Volkswirtschaft braucht stabile und wachstumsfreundliche
9 Rahmenbedingungen für Unternehmen und Konsumentinnen und
10 Konsumenten. Darum muss die Finanz- und Geldpolitik in Deutsch-
11 land und Europa die Konjunktur festigen und ein stetiges, kräftiges
12 Wachstum fördern. Der Staat muss durch nationale wie auch interna-
13 tionale Stabilisierungspolitik dazu beitragen, konjunkturelle Krisen zu
14 überwinden. Eine hohe Binnennachfrage ist die Voraussetzung für
15 mehr Beschäftigung. Wir setzen uns für Lohnsteigerungen ein, die sich
16 an der Produktivität orientieren. Im unteren Einkommensbereich
17 brauchen wir Mindestlöhne. Eine nachhaltige Wachstumsentwicklung
18 braucht eine kontinuierlich ansteigende öffentliche Investitionsquote.

19

20 **Solide Staatsfinanzen und** 21 **öffentliche Zukunftsinvestitionen**

22

23 Haushalts- und Finanzpolitik ist für uns Gestaltungspolitik. Solide
24 öffentliche Finanzen sind eine Grundvoraussetzung für Wachstum,
25 Wohlstand und Arbeitsplätze. Das gilt ebenso umgekehrt. Solide
26 Staatsfinanzen sind für uns aber auch Verpflichtung gegenüber
27 kommenden Generationen. Allerdings darf die Konsolidierung der
28 öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass der nächsten Gene-
29 ration eine marode öffentliche Infrastruktur hinterlassen wird.

30

31 Wir wollen die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zurückfüh-
32 ren und die staatlichen Ausgaben stärker auf Zukunftsinvestitionen
33 ausrichten. Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft
34 braucht deutlich mehr Investitionen in Bildung, Forschung und In-
35 frastruktur. Da alle gemeinsam den Nutzen aus solchen Investitio-
36 nen ziehen, müssen sich auch Unternehmen und vermögende Pri-
37 vathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der steuerli-
38 chen Finanzierung dieser Aufgaben beteiligen. Öffentlich-Private-
39 Partnerschaften können ein Instrument sein, um nötige öffentliche
40 Infrastrukturaufgaben zu realisieren.

41

42 Die öffentlichen Haushalte sind strukturell unterfinanziert und zu sehr
43 von der konjunkturellen Entwicklung abhängig. Der Staat braucht ver-
44 lässlichere Einnahmen, die in der Konjunktur weniger schwanken. Soli-
45 de Einnahmen und Einsparungen lassen Schritt für Schritt erweiterte
46 finanzielle und politische Spielräume entstehen – sowohl für staatliche
47 Aufgaben wie für notwendige Zukunftsinvestitionen.

48

49 Eine ausgewogene Einkommensverteilung ist nicht nur sozial ge-
50 recht, sondern auch ökonomisch vernünftig. Wir halten am Ziel der
51 Besteuerung nach Leistungsfähigkeit fest.

52

53 Das Verhältnis von niedriger Steuerquote und hoher Abgabenquote
54 in Deutschland wollen wir ändern. Die sozialen Sicherungssysteme
55 müssen stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten statt durch

1 Beiträge von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeit-
2 geberinnen und Arbeitgebern finanziert werden. Im Gegenzug sin-
3 ken die Arbeitskosten, und alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler
4 entrichten einen Anteil am sozialen Ausgleich. Steuerrechtliche Re-
5 gelungen, die einer höheren Erwerbstätigkeit von Frauen entge-
6 genstehen, wollen wir überwinden.

8 **Wissen und Qualifikation** 9 **als Produktivkräfte**

11 Erfinderreichtum, gute Ideen und die Innovationen, die daraus ent-
12 stehen, sind der wichtigste Rohstoff unseres Landes. Mit dem Über-
13 gang von der Industriegesellschaft zur industriellen Dienstleis-
14 tungs- und Wissensgesellschaft wird die Rolle qualifizierter Arbeit-
15 nehmerinnen und Arbeitnehmer weiter aufgewertet. Die Wert-
16 schöpfung hängt in Zukunft entscheidend von der Beteiligung der
17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch der Älteren, sowie Investi-
18 tionen in ihre Qualifizierung ab. Unternehmen und Unternehmer
19 müssen menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten im eigenen Inte-
20 resse stärker als bisher dauerhaft fördern. Den wachsenden Bedarf
21 an Fachkräften zu befriedigen, ist eine gemeinsame zentrale Aufga-
22 be von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik.

24 Wissen und Ideen sind Garanten unserer Arbeitsplätze. Dieses geis-
25 tige Eigentum müssen wir schützen, denn Produkt- und Markenpi-
26 raterie schädigt nicht nur unsere Wirtschaft und ihre Innovations-
27 kraft, sondern gefährdet häufig auch die Verbraucher. Wir wollen
28 das geistige Eigentum und das Urheberrecht sichern.

30 In der industriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft
31 kommt der Kreativwirtschaft eine wachsende Bedeutung zu. Wir
32 sehen das Erfolgsrezept für mehr Innovation, Kreativität und Wert-
33 schöpfung in der richtigen Kombination aus Technologie, Talent
34 und Toleranz. Wir müssen in Deutschland eine Atmosphäre von Of-
35 fenheit für neue Ideen und Einflüsse von Querdenkern schaffen.
36 Kreativität zu fördern, heißt für uns, immer wieder neu den Zugang
37 und die Nutzung neuer Technologien zu ermöglichen.

39 **Wirtschaftliche Demokratie** 40 **und soziale Teilhabe**

42 Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften verlangt wirt-
43 schaftliche Demokratie, soziale Teilhabe und eine zielführende poli-
44 tische Rahmensetzung. Wirtschaftliche Demokratie erfüllt die For-
45 derung des Grundgesetzes: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch
46 soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

48 Die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen, die Tarifautonomie
49 und das Streikrecht sind unverzichtbare Elemente der Sozialen Markt-
50 wirtschaft. Teilhabe und innerbetriebliche Demokratie sind kein
51 Bremsklotz, sondern Voraussetzung für unternehmerischen Erfolg. Wir
52 bekennen uns insbesondere zur paritätischen Mitbestimmung von
53 Kapital und Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsräten großer Unter-
54 nehmen. In einer zunehmend europäisierten Volkswirtschaft ist es un-
55 ser gemeinsames Ziel, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf

1 europäischer Ebene zu sichern und auszubauen. Die Stärkung und Ver-
2 besserung der Arbeit der Europäischen Betriebsräte ist notwendig.

3
4 Starke und verantwortungsvolle Gewerkschaften sind unverzicht-
5 bar für die wirtschaftliche Demokratie. Sie sind die stärkste Kraft,
6 die für demokratische Beteiligung im Wirtschaftsleben und für den
7 sozialpartnerschaftlichen Ausgleich unterschiedlicher Interessen
8 sorgt. Wir werden das bewährte System, in dem die Arbeitsbedin-
9 gungen durch den Gesetzgeber, die Tarifvertragsparteien und Be-
10 trieb- und Personalräte gestaltet werden, aufrechterhalten. Das-
11 selbe gilt für die uneingeschränkte Tarifautonomie und für die
12 Rechte und den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-
13 mern. Angriffe gegen sie werden wir abwehren.

14
15 Die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unter-
16 nehmenskapital als zusätzliche Säule des Einkommens fördert In-
17 novation und Produktivität und gewährleistet eine gerechte Beteili-
18 gung der Beschäftigten am Firmenerfolg. Wir wollen Mitarbeiter-
19 beteiligungsmodelle als Element der ökonomischen Teilhabe at-
20 traktiver machen. Das Unternehmensrisiko darf jedoch nicht auf
21 die Arbeitnehmer übertragen werden.

22 23 **Selbstständigkeit** 24 **und verantwortliches Unternehmertum** 25

26 Wir brauchen in Deutschland eine Kultur der Selbstständigkeit. Zu-
27 sätzliche Arbeitsplätze entstehen vor allem durch Menschen, die
28 sich mit ihren Ideen dem wirtschaftlichen Risiko aussetzen und
29 neue Unternehmen gründen. Kreativität und Gründergeist sind un-
30 verzichtbare Produktivkräfte. Sie zeigen sich in einem lebendigen
31 und innovativen Mittelstand in unserem Land. Wir wollen die Be-
32 dingungen für Unternehmensgründerinnen und -gründer sowie
33 kleine und mittlere Unternehmen, Handwerker und Selbstständige
34 in den freien Berufen gerade in einem schärfer gewordenen Wett-
35 bewerbsumfeld verbessern.

36
37 Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung sind zwei
38 Seiten derselben Medaille. Verantwortungsbewusste Unternehme-
39 rinnen und Unternehmer, die Marktchancen erkennen, ihre Mitar-
40 beiterinnen und Mitarbeiter am Erfolg beteiligen und beständig in
41 die Zukunft investieren, finden unsere Unterstützung. Aufgabe der
42 Wirtschaftspolitik ist es, durch einen fairen Wettbewerbsrahmen
43 und eine Wirtschaftskultur der Langfristigkeit verantwortliches Un-
44 ternehmertum zu ermöglichen.

45 46 **Kapital- und Finanzmärkte:** 47 **Chancen nutzen, Risiken kontrollieren** 48

49 Ein stabiler und gut funktionierender Finanzmarkt ist unverzicht-
50 bar für die moderne, global integrierte deutsche Volkswirtschaft,
51 weil dort das notwendige Kapital für Unternehmen zur Verfügung
52 gestellt wird. Die Finanzdienstleistungsbranche in Deutschland ge-
53 hört außerdem selbst zu den größten Arbeitgebern. Wir wollen die
54 Chancen und Potentiale der Güter- und Kapitalmärkte für dauer-
55 haftes wirtschaftliches Wachstum, breiten Wohlstand und Beschäf-

1 tigung nutzen. Besonders wichtig ist es, gerade jungen, innovativen
2 Unternehmen besseren Zugang zu Wagniskapital zu verschaffen.

3
4 Wo die Finanzmärkte übertriebene und lediglich kurzfristige Rendi-
5 ten realisieren, werden langfristige Wachstumsstrategien von Un-
6 ternehmen gefährdet und somit Arbeitsplätze vernichtet. Gesamt-
7 wirtschaftliche Krisen und die Überwälzung von Folgekosten auf
8 die Gesellschaft müssen vermieden werden. Ziel sozialdemokrati-
9 scher Wirtschaftspolitik ist es, dass die Finanzmärkte einer langfris-
10 tig ausgerichteten Wirtschaftskultur dienen. Wir wollen Anleger
11 stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement
12 im Blick haben. Wir wollen das Stimmrecht der Aktieninhaber in
13 dieser Richtung gestalten. Dies ist eine zentrale Regulierungsaufga-
14 be für die führenden Industrieländer in der Welt.

15
16 Mit der zunehmenden Vernetzung internationaler Güter- und Finanz-
17 märkte wird die internationale Regulierung und Sicherung stabiler Fi-
18 nanzmärkte immer bedeutsamer. Stabile nationale und internationa-
19 le Finanzmärkte sind ein wichtiges öffentliches Gut. Um dies zu errei-
20 chen, wollen wir mit anderen Staaten und internationalen Institutio-
21 nen gemeinsam handeln. Unser Ziel ist, Wachstum, Wohlstand und
22 Beschäftigung zu fördern, aber auch eine wirksame Aufsicht zu schaf-
23 fen und Regeln einzuführen, die unkalkulierbare Stabilitätsrisiken
24 oder volkswirtschaftlich schädliche Fehlentwicklungen verhindern.

25
26 Für kleine und mittlere Unternehmen spielen kleinere Banken und
27 die Sparkassen eine entscheidende Rolle. Darum wollen wir ihre be-
28 sondere Rolle erhalten. Zahlreiche Banken in Deutschland und vor
29 allem die Sparkassen und Genossenschaftsbanken zeichnen sich
30 durch ihre langfristige Unternehmensfinanzierung und ihre Orien-
31 tierung am Gemeinwohl aus. Diese wertvolle Stütze unserer Wett-
32 bewerbsfähigkeit werden wir nicht aufgeben.

33 34 **Wettbewerb braucht Regeln**

35
36 Staat und Wirtschaft stehen in einer sozialen Marktwirtschaft in
37 der gemeinsamen Verantwortung für ein nachhaltiges und stabiles
38 Wachstum. Aber Märkte brauchen faire Regeln, damit sie funktio-
39 nieren. Diesen ordnungsrechtlichen Rahmen kann nur der Staat
40 setzen. Wir wissen, dass dies in den globalisierten Bereichen der
41 Wirtschaft nur noch im europäischen Rahmen möglich ist. Darum
42 haben wir zentrale wirtschafts- und finanzpolitische Zuständigkei-
43 ten auf die Europäische Union übertragen. Und deshalb setzen wir
44 uns für eine enge wirtschafts- und finanzpolitische Abstimmung
45 zwischen den EU-Mitgliedsstaaten ein.

46
47 Damit die Mechanismen des Marktes funktionieren können, brau-
48 chen wir auch eine effiziente Wettbewerbspolitik. Sie muss die Ent-
49 stehung und Konzentration übermäßiger wirtschaftlicher Macht –
50 mindestens auf europäischer Ebene - verhindern.

51 52 **Verbraucher und Verantwortung**

53
54 Verantwortungsbewusste Konsumentinnen und Konsumenten
55 sind Ausdruck einer solidarischen und demokratischen Bürgerge-

1 sellschaft. Aktive Verbraucherpolitik stärkt die Nachfrageseite. Je-
2 der verfügt mit jedem Kauf über Einfluss. Der Einzelne mag dabei
3 schwach sein, aber die organisierte Kraft der Verbraucher ist ein
4 wirksames Mittel, der wirtschaftlichen Entwicklung eine bessere,
5 eine nachhaltige Richtung zu geben. Verbraucherinnen und Ver-
6 braucher, die bereit sind, qualitativ hochwertige Ware zu kaufen,
7 sind die Pioniere neuer Märkte für innovative Produkte.

8
9 Wir wollen transparent machen, unter welchen Bedingungen Pro-
10 dukte hergestellt und Dienstleistungen erbracht werden, gerade
11 auf globalen Märkten. Kennzeichnung ermöglicht eine bewusste
12 Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher. Erweiterte Infor-
13 mationsrechte und Transparenzregeln für emanzipierte Verbrau-
14 cher tragen dazu bei, dass Märkte von der Nachfrageseite her be-
15 einflusst und kontrolliert werden. Eine unabhängige Verbraucher-
16 beratung und verlässliche Qualitätskriterien müssen Sicherheit bie-
17 ten. Die öffentliche Hand muss mit ihren Beschaffungs- und
18 Investitionsentscheidungen Vorbild sein. Eine umfassende Verbrau-
19 cherbildung kann die Menschen befähigen, sich in den immer kom-
20 plexer werdenden Märkten zurechtzufinden und verantwortungs-
21 volle Konsumententscheidungen zu treffen.

22
23 Dies gilt auch für den wachsenden Markt der Finanzdienstleistun-
24 gen. Immer mehr Menschen werden Kapital zur persönlichen Alter-
25 vorsorge anlegen. Dies wollen wir in Einklang bringen mit einer
26 langfristigen und nachhaltigen ausgerichteten Wirtschaftspolitik.

27 28 **4.6 Der Vorsorgende Sozialstaat**

29
30 Der Sozialstaat ist eine große zivilisatorische Errungenschaft des
31 20. Jahrhunderts. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokra-
32 ten gehören Demokratie und Sozialstaat zusammen. Der Sozial-
33 staat ergänzt die bürgerlichen Freiheitsrechte durch soziale Bürger-
34 rechte. Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik, soziale Sicherheit
35 und gesellschaftlicher Zusammenhalt wurden nicht trotz, sondern
36 wegen des Sozialstaats möglich. Der Sozialstaat leistet einen eigen-
37 en produktiven Beitrag für die gesellschaftliche Teilhabe aller
38 Menschen und den gesellschaftlichen Wohlstand sowie dessen ge-
39 rechter Verteilung. Sozialstaatlichkeit ist organisierte Solidarität. In
40 der Solidargemeinschaft stehen die Jungen für die Alten, die Ge-
41 sunden für die Kranken, die Nichtbehinderten für die Behinderten,
42 die Arbeitenden für die Arbeitslosen ein. Im Zentrum des Sozial-
43 staats werden weiterhin staatlich verbürgte soziale Sicherung und
44 Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und
45 die rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmerinnen und Ar-
46 beitnehmer stehen.

47
48 Auch im 21. Jahrhundert bleibt es eine zentrale Frage, wie der ge-
49 gesellschaftliche Wohlstand verteilt wird und welche Teilhabemög-
50 lichkeiten sich damit für jeden und jede Einzelne eröffnen. Die Be-
51 hauptung der Marktradikalen, dass Ungleichheit wirtschaftlichen
52 Fortschritt befördere, ist nicht nur inhuman, sondern auch falsch.
53 Nur eine Gesellschaft, die das Leitbild des Wohlstands und der Teil-
54 habe für alle verfolgt, ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Gerade
55 in Anbetracht vielfältiger Lebensweisen und flexibler Erwerbsfor-

1 men wird die zentrale Funktion des Sozialstaats wichtiger, Sicher-
2 heit im Wandel zu gewährleisten. Nur wenn die Menschen wissen,
3 dass ihre elementaren sozialen Lebensrisiken verlässlich abgesi-
4 chert werden, sind sie bereit Risiken einzugehen und mobil zu sein.
5 Um dieses Sicherheitsversprechen zu erneuern, entwickeln wir den
6 Sozialstaat weiter zum Vorsorgenden Sozialstaat.

8 **Neues Leitbild**

10 Das Leitbild unserer Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert ist der Vor-
11 sorgende Sozialstaat. Er befähigt die Menschen, ihr Leben selbstbe-
12 stimmt zu meistern, indem er aktivierende, präventive und investive
13 Ziele in den Mittelpunkt stellt. Er fördert Existenz sichernde Er-
14 werbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitspräventi-
15 on und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen Wandel
16 und begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik. Er för-
17 dert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren. Er verhin-
18 dert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Er entlässt
19 nicht aus der Verantwortung für das eigene Leben.

21 Präventive und in Menschen investierende Sozialpolitik trägt zur
22 finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme bei. Zu-
23 gleich sichert der Vorsorgende Sozialstaat die großen Lebensrisi-
24 ken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit soli-
25 darisch ab und garantiert die Altersvorsorge. Angesichts der verän-
26 derten Erwerbs- und Arbeitsbiografien wollen wir unsere sozialen
27 Sicherungssysteme so weiterentwickeln, dass sie für die unter-
28 schiedlichen Lebens- und Arbeitsphasen Sicherheit gewährleisten.
29 Je erfolgreicher die Vorsorge wirkt, desto gezielter kann der Sozial-
30 staat denjenigen helfen, die besonderer Unterstützung bedürfen.
31 Dabei überwindet der Vorsorgende Sozialstaat gängiges Ressort-
32 denken.

34 Wir verstehen die soziale Integration aller Menschen in die Gesell-
35 schaft als die übergeordnete Aufgabe des Vorsorgenden Sozialstaa-
36 tes. Dafür sind viele Politikfelder miteinander zu vernetzen und
37 frühzeitige Vorsorge zu organisieren. Schon im Berliner Programm
38 hieß es: „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen ein-
39 springen, sondern vorausschauend gestalten.“ In diesem Sinn ge-
40 hören zum Vorsorgenden Sozialstaat, die Wirtschafts- und Finanz-
41 politik, die Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik, eine vor-
42 sorgende Sozialpolitik in den Kommunen, die faire Regulierung von
43 Arbeit sowie eine zeitgemäße Politik der Integration von Einwande-
44 rern. Dabei hängen die Ergebnisse auf den einzelnen Politikfeldern
45 davon ab, wie gut es gelingt, sie aufeinander zu beziehen und mit-
46 einander zu vernetzen.

48 **Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit**

50 Der Vorsorgende Sozialstaat verfolgt die drei zentralen Ziele der
51 Emanzipation, der Teilhabe und der Sicherheit.

53 **Emanzipation** ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Le-
54 ben aller Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen wollen ihr eigenes
55 Leben frei und selbstbestimmt gestalten können. Die Befreiung von

1 Zwängen, die sich aus Herkunft und überkommenen Vorstellungen
2 ergeben, war bereits das große Versprechen der Aufklärung und
3 schon immer zentrales Ziel der Sozialdemokratie.

4
5 **Teilhabe** an den sozialen Gütern der Bildung, der Existenz sichern-
6 den Arbeit und der Gesundheit muss allen Menschen unabhängig
7 von sozialer Herkunft, Alter oder Geschlecht von Anfang an und im-
8 mer wieder aufs Neue offen stehen. Dies gilt besonders für Men-
9 schen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten
10 können: für Arbeitslose, Kranke, Pflegebedürftige, ältere Menschen
11 und Menschen mit Behinderungen, aber auch für diejenigen, die ih-
12 rerseits pflegen und Kinder erziehen.

13
14 **Sicherheit** bedeutet nicht nur den Schutz der Menschen vor exis-
15 tentieller Not, vor elementaren Lebensrisiken und vor Diskriminie-
16 rung. Vielmehr schafft Sicherheit auch die Voraussetzungen für ein
17 selbstbestimmtes Leben. Grundlagen von Sicherheit sind nicht nur
18 Arbeit, materielle Güter und Rechtsansprüche, sondern auch indivi-
19 duell erworbene kulturelle und soziale Kompetenzen.

20
21 Damit wir diese Ziele in unserer Zeit erreichen können, muss der
22 Vorsorgende Sozialstaat verstärkt am Bürgerstatus und weniger
23 stark am Erwerbsstatus anknüpfen. Wir werden die Teilhabe der
24 Menschen so früh wie irgend möglich fördern sowie Bildung und
25 Erziehung unserer Kinder in den Mittelpunkt unseres Handelns
26 stellen. Dafür bedarf es der besseren Qualifizierung, Förderung und
27 gesellschaftlichen Wertschätzung derjenigen, die in öffentlichen
28 Einrichtungen wie den Kindertagesstätten, Schulen oder Tagespfe-
29 gestellen wirken.

30
31 Wir brauchen mehr und bessere soziale Dienstleistungen und Ein-
32 richtungen. Diese können vom Staat, den Freien Wohlfahrtsverbän-
33 den, aber auch in privater Initiative bereitgestellt werden. Dabei si-
34 chern staatlich gesetzte Rahmenbedingungen die Qualität sowie
35 den freien und gleichen Zugang für alle.

36
37 Gerechtigkeit und Solidarität sind die Prinzipien der Finanzierung
38 unseres Sozialstaates. Die einseitige Belastung der abhängig Be-
39 schäftigten bei der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufga-
40 ben ist weder sozial gerecht noch wirtschaftlich sinnvoll. Auch wei-
41 terhin werden die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen die
42 zentrale Säule unseres Sozialstaates bleiben. Wir wollen die Finan-
43 zierungsgrundlage der sozialen Sicherungssysteme weiter stärken
44 und die paritätisch finanzierten Beiträge durch eine höhere und
45 nachhaltige gesicherte Steuerfinanzierung ergänzen. Dabei gilt für
46 uns die Regel: Der Anteil der Beiträge muss sinken, und der Anteil
47 der Steuern muss steigen, um eine gerechtere, ergiebiger und
48 nachhaltigere Finanzierung des Sozialstaates zu ermöglichen.

49
50 Teilhabeanspruch und das Recht auf Selbstbestimmung bestehen
51 unabhängig vom Geschlecht, vom Lebensalter oder einer Behinde-
52 rung. Menschen mit Behinderungen bedürfen der Unterstützung
53 und der Solidarität aller. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe
54 in allen gesellschaftlichen Bereichen. Voraussetzung hierfür ist die
55 Barrierefreiheit in allen Lebensfeldern, damit Menschen mit Behin-

1 derungen selbstbestimmt leben können. Wichtig ist auch ein star-
2 kes öffentliches Engagement, um behinderte Kinder und Jugendli-
3 che in Regeleinrichtungen früh zu fördern und später eine Integra-
4 tion in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

5

6 **Gute Arbeit: Flexibilität braucht Sicherheit**

7

8 Die Arbeitswelt wandelt sich. Flexibilität, Mobilität und soziale Risi-
9 ken haben enorm an Bedeutung gewonnen. Trotzdem: Soziale Si-
10 cherheit und rechtlicher Schutz müssen auch in Zukunft gewähr-
11 leistet bleiben. Flexibilität braucht Sicherheit. Flexibilität darf nicht
12 zu prekären Arbeitsverhältnissen führen. Gleiche Arbeit muss
13 gleich entlohnt werden – das gilt besonders für die Arbeit von Frau-
14 en. In Würde zu arbeiten bedeutet: faire und gute Arbeitsbedingun-
15 gen, Arbeits- und Gesundheitsschutz und effektiver Schutz vor Dis-
16 kriminierung und sexueller Belästigung. Die Tarifautonomie und
17 der Flächentarifvertrag bleiben für uns die grundlegenden Mecha-
18 nismen für die Aushandlung und Gestaltung der Arbeitsbeziehun-
19 gen. Der Kündigungsschutz bewahrt die Arbeitnehmerinnen und
20 Arbeitnehmer vor Willkür.

21

22 Wir wollen die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs verbessern, die
23 Durchlässigkeit der Arbeitsgesellschaft erhöhen und die Leistungs-
24 bereitschaft der Menschen unterstützen. Leistungsbereitschaft
25 muss stärker gefördert werden und sich auch auszahlen.

26

27 Eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen, aber auch von Älte-
28 ren trägt dazu bei, Ausgrenzung zu verhindern und berufliche Inte-
29 gration zu erleichtern. Dadurch verbessern sich die Teilhabemög-
30 lichkeiten der Menschen und die Einnahmehasis von Steuern und
31 Sozialversicherungen. Steigender Wohlstand aufgrund eines An-
32 stiegs der Produktivität und des Bruttoinlandsproduktes leistet ei-
33 nen Beitrag zur Bewältigung der demografischen Herausforderun-
34 gen für die sozialen Sicherungssysteme.

35

36 Frauen und Männer müssen gleichberechtigt und partnerschaftlich
37 sowohl an der Erwerbsarbeit, am beruflichen Aufstieg als auch an
38 anderen Formen von Arbeit wie Familienarbeit oder gesellschaft-
39 lich nützlicher Arbeit teilhaben können.

40

41 Arbeitszeitpolitik und Arbeitszeitgestaltung haben für uns einen
42 hohen Stellenwert. Sie haben gesellschaftliche Bedeutung, denn sie
43 beeinflussen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an kulturel-
44 len, sozialen und ehrenamtlichen Betätigungen der Menschen. Die
45 Arbeitszeitpolitik der Zukunft muss den berechtigten Interessen
46 der Unternehmen an der Stärkung von Innovation und Wettbe-
47 werbsfähigkeit gerecht werden. In gleicher Weise muss die künftige
48 Arbeitszeitpolitik den Bedürfnissen der Beschäftigten nach mehr
49 Zeitautonomie und Qualifizierungschancen sowie nach Vereinbar-
50 keit von Familie und Beruf entsprechen. Ein wichtiges Instrument,
51 um die Ansprüche von Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen
52 und Arbeitnehmern in Einklang zu bringen, sind Arbeitszeitkonten.
53 Sie bedürfen aber eines ausreichenden Insolvenzschutzes und der
54 rechtsverbindlichen Möglichkeit der Mitnahme beim Arbeitsplatz-
55 wechsel.

1 Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitszeit den Lebensphasen ent-
2 sprechend angepasst werden kann. Gerade dies führt zu einer bes-
3 seren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen eine humane
4 Ausgestaltung der Arbeitszeiten und der Arbeitsbedingungen, um
5 vor der Überforderung infolge langer Arbeitszeiten bei gleichzeiti-
6 ger Arbeitsverdichtung zu schützen. Wir wollen Arbeitszeitmodelle
7 fördern, die es Müttern und Vätern gleichermaßen ermöglichen, ih-
8 re Erziehungspflichten wahrzunehmen.

9
10 Unser Ziel ist es, Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz zu verhindern.
11 Dazu müssen die Übergänge zwischen den Lebensphasen besser
12 abgesichert werden. Zugleich ist es von entscheidender Bedeutung,
13 ob es gelingt, die individuelle Arbeitsfähigkeit und Qualifikation zu
14 erhalten und weiterzuentwickeln. Deshalb wollen wir eine aktive
15 Arbeitsmarktpolitik, die vorrangig den Erhalt der Beschäftigungsfä-
16 higkeit durch Qualifizierung fördert. Ein wesentliches Instrument
17 dieser aktivierenden Politik ist es, die Arbeitslosenversicherung zu
18 einer Beschäftigungsversicherung auszubauen, um dadurch eine
19 neue Kultur der Weiterbildung zu etablieren. Mit der Einführung ei-
20 ner Beschäftigungsversicherung wollen wir den Schwerpunkt auf
21 den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und der stetigen Qualifizie-
22 rung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer legen. Dazu gehö-
23 ren ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung, Qualifizierungsangebo-
24 te miteinander zu verzahnen und die Einrichtung von zentralen
25 Lernzeitkonten.

26
27 Eine zentrale soziale Frage ist die Integration von Menschen ohne
28 Berufsabschluss in den Arbeitsmarkt. Für Menschen, die auf dem
29 ersten Arbeitsmarkt keine Chancen haben, ist die Existenz eines ge-
30 meinwohlorientierten und öffentlich geförderten Arbeitsmarktes
31 wichtig, der sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbietet.

32
33 Aktive Arbeitsmarktpolitik kann Beschäftigungspolitik nicht erset-
34 zen. Ohne höheres Wachstum wird es uns auf Dauer nicht gelingen,
35 die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken. Sozialdemokratische Politik
36 für Wachstum und Beschäftigung muss alle Maßnahmen der Wirt-
37 schafts-, Struktur-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik in diesem Sinne
38 koordinieren.

39 40 **Gesund leben**

41
42 Sozialdemokratische Gesundheitspolitik setzt bei der Vermeidung
43 von Krankheiten und dem Erhalt von Gesundheit an. Sie zielt aber
44 ebenso auf Heilung, Rehabilitation sowie ein menschenwürdiges
45 Leben mit unheilbaren Erkrankungen und eine menschenwürdige
46 Versorgung am Lebensende. Sie gewährleistet im Krankheitsfall
47 aber auch den gleichen Versorgungsanspruch für alle Bürgerinnen
48 und Bürger, unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht, und
49 garantiert, dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben kön-
50 nen. Die Gesundheitsversorgung für alle in gleicher Weise sicherzu-
51 stellen, ist Aufgabe des sozialen Gesundheitswesens.

52
53 Wir wollen die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesund-
54 heitswesen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen versichert sein und
55 entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Ge-

1 sundheitssystemen beitragen. Sie sollen unabhängig von ihrem Er-
2 werbsstatus in die Solidarität unseres Gesundheitswesens einbezo-
3 gen werden. Paritätisch gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeit-
4 nehmern aufgebrauchte Beiträge sollen auch zukünftig vorrangig
5 unser Gesundheitswesen finanzieren. Jedoch ist ein wachsender
6 und gesicherter Steueranteil notwendig, um die steigenden ge-
7 samtgesellschaftlichen Aufgaben und Leistungen der sozialen
8 Krankenversicherung abzudecken.

9
10 Vorsorgende Gesundheitspolitik beginnt bei der Vermeidung von
11 Krankheiten von Beginn des Lebens an. Wir wollen das Recht jedes
12 Kindes auf gesundes Aufwachsen stärken, gesundheitsbewusstes
13 Verhalten und Prävention fördern. Unser Ziel heißt: Gesundheit für
14 alle Menschen. Dazu gehören eine gute Gesundheitserziehung von
15 Anfang an, verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen, auch in Kinder-
16 tagesstätten und Schulen, sowie die offensive Gestaltung der Le-
17 bens- und Arbeitsbedingungen, um die Gesundheit aktiv zu fördern.

18
19 Der medizinisch-technische Fortschritt eröffnet neue Möglichkei-
20 ten, kranke Menschen besser zu versorgen und zu heilen. Diese
21 Fortschritte müssen allen Menschen gleichermaßen zugänglich
22 sein. Die bereits feststellbaren Elemente einer Zwei-Klassen-Medi-
23 zin sind für eine demokratische Gesellschaft nicht hinnehmbar.

24 25 **Menschenwürdige Pflege**

26
27 Die solidarischen Prinzipien der Bürgerversicherung wollen wir
28 auch in der Pflegeversicherung anwenden. Die soziale Pflegeversi-
29 cherung muss weiterentwickelt werden, indem ihre Leistungen
30 dem sich ändernden Bedarf angepasst werden. Unser Pflegebegriff
31 muss sich in Zukunft stärker an der individuellen Pflegebedürftig-
32 keit ausrichten. Menschenwürdige Pflege wird auch in Zukunft in
33 Familie, privatem Umfeld und ambulanten und stationären Einrich-
34 tungen gleichermaßen stattfinden und soll sich in diesen Bereichen
35 wirksam ergänzen. Wir wollen private und kommunale Initiativen
36 stärken, weil Pflege auf vielfältiges Engagement angewiesen
37 bleibt. Menschen bedürfen der besonderen Solidarität am Lebens-
38 ende. Jeder Mensch hat den Anspruch auf ein Sterben in Würde.

39 40 **Sicher und aktiv im Alter**

41
42 Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Gesellschaft des längeren
43 Lebens sein. Die Menschen leben länger und bleiben länger gesund.
44 An die Erwerbsphase schließt sich im Gegensatz zu früheren Zeiten
45 eine dritte aktive Lebensphase mit neuen Möglichkeiten an. Dies
46 eröffnet für unsere Gesellschaft neue Chancen, stellt uns aber auch
47 vor neue Herausforderungen. Wir wollen, dass ältere Menschen ak-
48 tiv und kreativ am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben
49 teilhaben können.

50
51 Es ist eine Errungenschaft des Sozialstaates, dass ältere Menschen
52 ihr Leben frei von materieller Not gestalten können. Damit die
53 Menschen auch zukünftig im Alter über ein Einkommen verfügen,
54 das ihren Lebensstandard sichert, muss die gesetzliche Rentenversi-
55 cherung die tragende Säule der Alterssicherung bleiben. Sie muss

1 allerdings durch Einkünfte aus betrieblicher Alterssicherung sowie
2 freiwilliger, aber staatlich geförderter privater Vorsorge ergänzt
3 werden.

4
5 Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung von einer Versiche-
6 rung der abhängig Beschäftigten zu einer Erwerbstätigenversiche-
7 rung weiterentwickeln, in die auch Selbstständige sowie Beamtin-
8 nen und Beamten einbezogen sind, und so den veränderten Bedin-
9 gungen des Erwerbslebens anpassen. Dabei halten wir am Erwerbs-
10 einkommen als Maßstab für die Rentenhöhe fest.

11 Die Beitragsbezogenheit der Rente muss durch das Ziel der Armut-
12 vermeidung ergänzt werden. Sicherungslücken im Alter durch Le-
13 bensphasen, in denen keine Erwerbstätigkeit möglich ist, dürfen
14 nicht entstehen.

15
16 Voraussetzung für eine eigenständige Alterssicherung der Frauen sind
17 eine möglichst durchgehende Erwerbstätigkeit mit Existenz sichern-
18 dem Einkommen sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen
19 beim Berufszugang und beruflichen Aufstieg. Solange dies nicht ge-
20 währleistet ist, wird die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als
21 Ergänzung zur gesetzlichen Rente Altersarmut verhindern.

23 **Vorsorgende Sozialpolitik** 24 **in den Kommunen**

25
26 Vorsorgende Sozialpolitik der Kommunen setzt an den Ursachen
27 der Unterstützungsbedürftigkeit an. Die wesentlichen Prinzipien
28 heißen: „Hilfe zur Selbsthilfe“, „Fördern und Fordern“ und „Vorbeu-
29 gen statt Nachsorgen“. In den Kommunen erhalten die Menschen
30 zielgerichtete Hilfe, um ihre spezifische Lebenslage besser bewälti-
31 gen zu können. Kommunale Sozialpolitik muss helfen, Notlagen zu
32 überwinden. Dabei müssen die Selbsthilfekräfte organisiert und
33 unterstützt werden.

34
35 Die Qualität des Vorsorgenden Sozialstaates erweist sich vor allem
36 in der kommunalen Praxis, wie zum Beispiel in hochwertigen Kin-
37 dergärten und Schulen, in einem lebenswerten barrierefreien
38 Wohnumfeld für alle Generationen und in vielfältigen Angeboten
39 für Sport und Freizeit.

40
41 Eine vorsorgende Kommunalpolitik orientiert sich an Sozialräumen.
42 Wir erkennen diese Sozialräume als Handlungsfelder und bündeln
43 dort Maßnahmen aus verschiedenen Politikfeldern, um den sozia-
44 len Zusammenhalt in den Kommunen zu erhalten und zu fördern.
45 Daher praktizieren wir eine aktive Stadtteilentwicklungspolitik der
46 Sozialen Stadt. Die Politik der Sozialen Stadt führt Fragen der Be-
47 schäftigung, des Wohnens, der Qualifizierung, des Lebensstils und
48 der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zusammen. Ein zentrales
49 Handlungsfeld liegt darin, die Fähigkeiten der Bürgerinnen und
50 Bürger zur Zusammenarbeit, zum Miteinander und zur sozialen
51 Vernetzung zu stärken. Durch die Förderung von Selbsthilfe, Verant-
52 wortungsübernahme und kooperative Strukturen und die hierfür
53 erforderliche Infrastruktur wollen wir die Menschen befähigen, be-
54 teiligen und das Zusammenleben der unterschiedlichen sozialen
55 und ethnischen Gruppen stärken.

1 Sozialdemokratische Politik unterstützt dieses Engagement der
2 Kommunen, setzt sich für bezahlbaren Wohnraum ein und schützt
3 die Rechte der Mieter.

4

5

6

4.7 Bildung in der lernenden Gesellschaft

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

Unser Bildungswesen muss von Anfang an die Gleichstellung von Mädchen und Jungen und die Integration von Zugewanderten im Blick haben.

Das Wissen nimmt in einem atemberaubenden Tempo zu. Erworbene Kenntnisse sind schnell überholt. Gute Bildung ist eine dauernde Aufgabe. Menschen lernen für das Leben, vor allem aber ein Leben lang. Kein Individuum kann alles verfügbare Wissen in sich vereinen, aber gemeinsam mit anderen können wir den größtmöglichen Nutzen für alle aus dem Wissensfortschritt ziehen. Wir wollen Freude am Lernen und Offenheit gegenüber Errungenschaften der Forschung vermitteln.

Wir wollen eine ganzheitliche Bildung. Sie richtet sich auf theoretisches Wissen, soziale Kompetenzen und beruflich verwertbare Inhalte. Sie umfasst nicht minder die ästhetische Erfahrung, die ethische Reflexion und die Wertevermittlung. Um unsere offene Gesellschaft zu stärken, brauchen wir eine Aufwertung der politischen Bildung und Erziehung zur Demokratie. Umfassende kulturelle und soziale Bildung stärkt die Persönlichkeit. Starke Persönlichkeiten sind fähig zur Toleranz und respektieren andere Kulturen.

Bildung für alle

Wir wollen den freien Zugang zu Informationen, zu Bildung und Wissen. Eine gerechte Gesellschaft muss Chancengleichheit verwirklichen. Jede Form der Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen müssen wir überwinden. Von der frühkindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis einschließlich des Studiums.

Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Bildung unabhängig von der Herkunft für alle gleichermaßen zugänglich ist. Die

1 öffentlichen Ausgaben für Bildung müssen steigen. Sie müssen mit
2 der wachsenden Bedeutung von Bildung Schritt halten. Bildungs-
3 ausgaben müssen als Investitionen anerkannt werden. Investitio-
4 nen in die Menschen müssen Priorität bekommen.

5

6 Wir brauchen eine Kultur der zweiten, der dritten Chance. Wer im
7 Laufe seines Lebens in eine Sackgasse geraten ist, muss die Mög-
8 lichkeit haben, Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und be-
9 rufliche Abschlüsse zu erwerben.

10

11 Wir brauchen bessere und breitere Bildung. Wir bekämpfen den An-
12 alphabetismus. Alle Menschen müssen die Möglichkeit erhalten,
13 sich moderner Medien bedienen zu können. Digitale Spaltungen in
14 unserer Gesellschaft verhindern wir, indem der Umgang mit Compu-
15 ter und Internet in allen Bereichen von Bildung und Weiterbildung
16 eingeübt wird. Mädchen und Frauen müssen daran gleichberechtigt
17 beteiligt werden. Bessere Medienkompetenz schafft die Vorausset-
18 zung für einen bewussten und kritischen Umgang mit Medien.

19

20 Wer an Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschu-
21 len Wissen und Werte vermittelt, leistet eine herausragend wichti-
22 ge Arbeit für unsere Gesellschaft. Erzieherinnen und Erzieher, Leh-
23 rerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer
24 tragen große Verantwortung. Ihnen gebührt mehr Anerkennung
25 und Unterstützung. Wir wollen diese Berufe stärken. Wir müssen
26 darauf achten, dass das Verhältnis zwischen Frauen und Männern
27 unter den Lehrenden vom Kindergarten bis zur Hochschule ausge-
28 wogener wird. Nur so haben Jungen und Mädchen Leitbilder. Die
29 Aus- und Weiterbildung muss verbessert werden.

30

31 Eltern spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ei-
32 ne entscheidende Rolle. Wir wollen sie bei dieser Aufgabe unter-
33 stützen. Wo Eltern nicht in der Lage sind, ihren Kindern eine ausrei-
34 chende Entwicklung zu garantieren, müssen das Bildungssystem
35 und eine wachsame Kinder- und Jugendhilfe alle Anstrengungen
36 unternehmen, um jedem Kind gleiche Entwicklungschancen zu er-
37 ermöglichen.

38

39 **Bildung von Anfang an**

40

41 Die Förderung von Kindern beginnt für uns bei der gezielten Unter-
42 stützung von Schwangeren und Eltern. Die ersten Wochen und Jah-
43 re des Lebens sind entscheidend. An der Seite der Eltern sind Ärztin-
44 nen und Ärzte, Hebammen, Krankenschwestern und Krankenpfle-
45 ger die ersten, die das Wohl und die Entwicklung des Kindes för-
46 dern. Wir wollen sie gut darauf vorbereiten.

47

48 Für uns sind Kindertagesstätten ein unverzichtbares Glied der Bil-
49 dungskette. Sie können herkunftsbedingte Benachteiligungen
50 frühzeitig ausgleichen. Wir wollen den Bildungs- und Erziehungsauftrag von vorschulischen Einrichtungen stärken. Wir werden Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Dort finden Familien gute Beratung, verlässliche Hilfe im Alltag und Weiterbildung. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern richten wir stärker auf frühkindliche Bildung aus. Ein besonderes Augen-

55

1 merk muss der Sprachförderung, der gesundheitlichen Entwicklung
2 eines jeden Kindes und der Gleichstellung von Mädchen und Jun-
3 gen gelten.

4
5 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich
6 die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die ge-
7 bührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an. Ab
8 dem zweiten Lebensjahr soll es einen Rechtsanspruch auf Betreu-
9 ung geben.

11 **Gemeinsam lernen**

12
13 Wir wollen den Ausbau der Ganztagschule. Kinder finden in der
14 Ganztagschule verlässliche Lern- und Unterrichtszeiten. Sie sind
15 auch Zeiten des sozialen Lernens und der mitmenschlichen Erfah-
16 rung. Die Schule wird zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und
17 Jugendlichen.

18
19 Die Ganztagschule ist sozial verankert. Sie bezieht Sportvereine,
20 Musikschulen, Volkshochschulen und Betriebe aus der Nachbar-
21 schaft ebenso ein wie Träger der freien Jugendhilfe. Wir wollen in
22 den Ganztagschulen mehr Möglichkeiten schaffen, um Schülerin-
23 nen und Schüler so zu fördern, wie sie es persönlich brauchen. So
24 können wir ihre Stärken entdecken und entwickeln. Die Eltern wer-
25 den durch ganztägige Angebote entlastet.

26
27 Wir wollen ein längeres gemeinsames Lernen mit einer besseren
28 individuellen Förderung verbinden. Erfahrungen aus anderen Län-
29 dern zeigen, dass sowohl Lernschwache als auch Lernstarke so ein
30 höheres Kompetenzniveau erreichen können. Wir wollen ein Schul-
31 system, in dem es gelingt, den Zusammenhang von Bildungschan-
32 cen und sozialer Herkunft aufzubrechen.

33
34 Wir wollen, dass Schulen selbständiger arbeiten. Sie erhalten ver-
35 bindliche Standards, und ihre Leistungsfähigkeit wird regelmäßig
36 überprüft. Dabei sollen sie jedoch weit mehr eigene Kreativität und
37 Kompetenz entfalten können. Dazu gehören auch die Auswahl des
38 Personals und ein verlässliches Schulbudget. Unser Leitbild ist die
39 demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernen-
40 den und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

42 **Die berufliche Ausbildung modernisieren**

43
44 Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für die Be-
45 rufsausübung und für das lebenslange berufliche Lernen. Sie muss
46 deshalb auch berufsübergreifende Fähigkeiten vermitteln. Wir wol-
47 len, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, eine qualifizierte
48 Ausbildung zu durchlaufen, die sie dazu befähigt, am Arbeitsle-
49 ben teilzunehmen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

50 Das Duale System wollen wir weiterentwickeln. Es muss so moder-
51 nisiert werden, dass es mit den rasanten Entwicklungen in der Ar-
52 beitswelt Schritt hält. Das Duale System muss in den neuen Bran-
53 chen stärker verankert werden. Nötig sind eine gute Verzahnung
54 von Betrieb und Schule, engagierte Hilfen für neue Betriebe. Lern-
55 schwache brauchen besondere, auf sie zugeschnittene Hilfen. Die

1 Unternehmen sind dabei in der Pflicht, für die Ausbildung des Fach-
2 kräftenachwuchses zu sorgen. Solidarische Finanzierungsmodelle
3 können dabei helfen. Ergänzende vollschulische Berufsausbildung
4 muss zu gleichwertigen Abschlüssen führen.

5

6 Schulen und Betriebe müssen gut zusammenarbeiten. Der Schritt
7 von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung
8 fällt Jugendlichen viel leichter, wenn sie sich schon in den Schulen
9 realistisch auf den Beruf hin orientieren. Mädchen und Frauen sol-
10 len selbst entscheiden, was sie werden. Überkommene Rollenmus-
11 ter müssen aufgebrochen werden. Wir wollen erreichen, dass Frau-
12 en bei der Studien- und Berufswahl in gleicher Weise wie Männer
13 an technische und naturwissenschaftliche Berufsfelder herange-
14 führt werden. Wir müssen auch Jungen aus ihrer alten Rollenfixie-
15 rung herausführen, damit sie die allgemein bildenden Schulen bes-
16 ser bewältigen können.

17

18

19

Das Studium und die Forschung stärken

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

Gesellschaft und Wirtschaft brauchen immer mehr hoch qualifi-
zierte Fachkräfte. Deshalb müssen weit mehr Menschen in
Deutschland erfolgreich studieren. Wir wollen die Qualität von Leh-
re und Forschung in unseren Hochschulen verbessern und die Stu-
dienplätze ausbauen. Wir bekennen uns zur Verantwortung des
Staates für die Hochschulen. Er hat die Aufgabe, die Finanzierung
der Hochschulen abzusichern.

Hochschulen sollen so weit wie möglich autonom sein. Wir wollen
die Mitbestimmung all derer ermöglichen, die am Leben der Hoch-
schule beteiligt sind.

Forschung und Lehre bilden eine Einheit. Die Hochschulen müssen
insgesamt das breite Spektrum von Lehre und Forschung anbieten.
Sozial- und Geisteswissenschaften müssen ebenso gefördert wer-
den wie Natur- und Technikwissenschaften. Hochschulen und For-
schungseinrichtungen müssen eng zusammenarbeiten.

Wir wollen einen offenen Zugang zum Studium. Wir wollen den An-
teil der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen. Ent-
schluss und Talent sollen entscheiden, nicht der soziale Hinter-
grund. Um einen fairen Wettbewerb zwischen den Ländern zu ge-
währleisten und Anreize für den Ausbau von Studienplätzen zu ge-
ben, setzen wir uns für einen finanziellen Ausgleich zwischen den
Ländern ein.

Das Studium muss auch aus einer beruflichen Qualifizierung he-
raus möglich sein. Der Staat unterstützt das Studieren durch Zu-
schüsse, Darlehen und Stipendien.

Wir wollen die internationale Erfahrung von Studierenden erhöhen
und die Studienförderung darauf ausrichten. Zugleich soll unser
Land offen und attraktiv für Studierende aus anderen Ländern sein.
Dafür müssen auch bürokratische Zugangsschranken abgebaut
werden. Um die besten Köpfe zu gewinnen, brauchen wir Stipen-
dien für begabte Studierende aus dem Ausland.

1 **Weiterbildung** 2 **in der lernenden Gesellschaft**

3
4 Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der Menschen sich ein Le-
5 ben lang weiterentwickeln können. Wir wollen die Weiterbildung
6 zur vierten Säule im Bildungssystem ausbauen und den Aufstieg
7 durch Bildung für alle möglich machen. Auch diese vierte Säule
8 steht in der öffentlichen Verantwortung. Damit die Menschen sich
9 engagiert fortbilden, wollen wir sie durch Freistellungsansprüche
10 und finanzielle Förderung unterstützen. Dabei müssen die beson-
11 deren Belange von Müttern und Vätern berücksichtigt werden. Wir
12 brauchen dafür gemeinsame Lösungen der Politik, der Tarifpartner
13 und der Betriebe. Wir werden die bestehende Arbeitslosenversiche-
14 rung zu einer Beschäftigungsversicherung weiterentwickeln und
15 damit einen Beitrag zur Finanzierung von Weiterbildung leisten. In
16 den Hochschulen wollen wir die berufliche Weiterbildung als eige-
17 ne Aufgabe entwickeln. Damit die Bereitschaft zum lebenslangen
18 Lernen bei niemandem an finanziellen Hürden scheitert, benötigen
19 wir eine Neuordnung und Weiterentwicklung staatlicher Weiterbil-
20 dungsförderung.

21
22 Die Teilhabe an lebenslangem Lernen sichert nicht allein die Be-
23 schäftigungsfähigkeit, sondern ist Kernelement einer erfüllten per-
24 sönlichen und gesellschaftlichen Lebensführung. Neben der beruf-
25 lichen kommt deshalb der allgemeinen, politischen und kulturellen
26 Weiterbildung eine wichtige Bedeutung zu. Volkshochschulen müs-
27 sen dabei wieder eine wichtigere Rolle spielen.

28
29 Durch Weiterbildung können ältere Menschen in Beruf und Gesell-
30 schaft aktiv bleiben. Wir wollen ihre Beteiligung an Weiterbildung
31 erhöhen. Das sichert die Innovationskraft in einer Gesellschaft des
32 langen Lebens. Wir wollen, dass Lernen und Bildung in der dritten
33 Lebensphase die Beziehungen zwischen den Generationen berei-
34 chert.

35 36 **4.8 Kinder und Familien stärken**

37
38 Kinder verkörpern Freude auf die Zukunft. Sie sind das Fundament
39 jeder Gesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft, die Familien mit
40 Kindern beste Bedingungen bietet, und ein Klima der Aufgeschlos-
41 senheit und Akzeptanz gegenüber den Bedürfnissen von Kindern.
42 In der Familie können Menschen Liebe, Geborgenheit und Halt, Ori-
43 entierung und gegenseitige Unterstützung finden.

44
45 Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik gehört zu den Schlüs-
46 selfragen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes – sozial, wirt-
47 schaftlich und politisch. Die Gründe für die anhaltend niedrige Ge-
48 burtenrate in Deutschland liegen unter anderem in überholten Rol-
49 lenbildern und in politischen Versäumnissen. Kinder- und Familien-
50 politik muss vom Rand ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit
51 rücken. Wir brauchen eine Kinder- und Familienpolitik, die Grenzen
52 von Ressorts und Zuständigkeitsebenen überwindet.

53 Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann dynamisch und
54 wachstumsstark sein. Wir wollen dafür sorgen, dass jeder Mensch
55 die Chance hat, seinen Lebensentwurf zu verwirklichen. Deshalb

1 setzen wir auf eine Politik, die es jungen Frauen und Männern leichter
2 macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen
3 Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Das gilt besonders
4 für die Eltern, die sich für mehrere Kinder entscheiden. Junge Menschen
5 brauchen in der Phase der Familiengründung mehr finanzielle
6 Hilfen, aber auch mehr Unterstützung aus der Gesellschaft und
7 von Arbeitgebern.

8
9 Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen grundlegend verbessern,
10 damit junge Frauen und Männer sich wieder für Kinder entscheiden können.
11 Dabei brauchen sie gezielte Unterstützung in jeder Lebensphase, auch in
12 Ausbildung oder Berufseinstieg. Und wir wollen, dass Menschen, die sich
13 drei oder mehr Kinder wünschen, nicht wegen der finanziellen Konsequenzen
14 darauf verzichten. Es ist eine massive Einschränkung von individueller
15 Freiheit und von Lebenschancen, wenn viele Männer und Frauen wegen der
16 mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf kinderlos bleiben.

17
18
19 Die Arbeitswelt muss den Bedürfnissen der Familien Rechnung tragen.
20 Erwerbsverhältnisse, die auf Dauer weder Planbarkeit noch wirtschaftliche
21 Selbstständigkeit ermöglichen, erschweren jungen Menschen die Entscheidung
22 für Kinder. Arbeitsbedingungen, die sich immer einseitiger am Ideal des
23 allzeit verfügbaren Individuums ausrichten, gefährden stabile zwischenmenschliche
24 Beziehungen und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Arbeitszeiten,
25 aber auch betriebliche Aus- und Fortbildungszeiten müssen sich stärker
26 an den Bedürfnissen von Eltern orientieren. Somit eröffnen wir ihnen
27 gleiche Chancen auf eine Existenz sichernde Erwerbsarbeit, gleiche
28 Chancen auf Karriere und Führungspositionen und die Möglichkeit für eine
29 partnerschaftliche Teilung der Erziehungs- und Familienaufgaben. Das nutzt
30 Familien und Unternehmen.

31
32
33 Wenn Eltern sich trennen, wird dies zunehmend zum Armutsrisiko für die
34 Kinder. Alleinerziehende Elternteile, in der Regel die Mütter, sind mangels
35 Betreuungsangeboten meist nicht in der Lage, einen Beruf auszuüben. Die
36 finanziellen Engpässe treffen getrennt lebende Mütter wie Väter, besonders
37 wenn sie gemeinsam mehrere Kinder haben. Der Staat muss insbesondere
38 durch Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass Alleinerziehende
39 erwerbstätig sein können.

40
41
42 Wir finden uns nicht damit ab, dass soziale Situation und Herkunft der Eltern
43 bis heute entscheidend die Bildungs- und späteren Erwerbschancen der Kinder
44 bestimmen. Familienpolitik ist darum ein wichtiger Bestandteil von Integrationspolitik.

45
46
47 Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit.
48 Die meisten Menschen wünschen sich die Ehe. Wir unterstützen aber auch
49 andere gemeinsame Lebenswege, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften
50 und alleinerziehende Eltern. Familie ist dort, wo Kinder sind und wo
51 Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten. Jeder hat Familie,
52 auch Menschen ohne eigene Kinder. Unser Leitbild ist die Familie, in der Mutter
53 und Vater gleichermaßen für den Unterhalt und die Fürsorge verantwortlich sind.
54 Das will die große Mehrheit der jungen Menschen. Es entspricht den Bedürfnis-

1 sen der Kinder nach Mutter und Vater, und es sichert die wirtschaftliche
2 Unabhängigkeit der Familien. Gleichzeitig verdient die Leistung
3 alleinerziehender Eltern mehr Anerkennung und Unterstützung.

4
5 Die Entscheidung für Kinder ist und bleibt privat. Aber zugleich be-
6 einflusst jedes Ja oder Nein zu einem Kind die Zukunft unseres Lan-
7 des. Wir wollen deshalb die gesellschaftliche Verantwortung für
8 Kinder stärken. Das heißt: intensive fachliche Begleitung für alle El-
9 tern und einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab dem
10 zweiten Lebensjahr. Eltern brauchen gerade in den ersten Lebens-
11 jahren ihrer Kinder mehr Unterstützung. Was Mütter und Väter in
12 dieser frühen Phase versäumen, kann später nur schwer ausgegli-
13 chen werden. Beide Elternteile haben das Recht, aber auch die
14 Pflicht zur Erziehung ihrer Kinder.

15
16 Eine besondere Verantwortung hat der Staat für Kinder, die in ihren
17 Familien keine ausreichende Unterstützung bekommen oder sogar
18 Gewalt erfahren. Das Elternrecht findet seine Grenzen, wo das Kin-
19 desrecht verletzt wird. Kinder haben eigene Rechte, und wir wollen,
20 dass sie in der Verfassung verankert werden. Wenn Konflikte in der
21 Familie in Gewalt gegen Frauen oder die Vernachlässigung von Kin-
22 dern ausarten, müssen Staat und Gesellschaft eingreifen.

24 **4.9 Nachhaltiger Fortschritt**

25
26 Wir legen unserer Politik auf allen Feldern das Prinzip der Nachhaltig-
27 keit zugrunde. Die nachhaltige Entwicklung schafft eine Balance
28 von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen. Sie bezieht
29 die Bedürfnisse künftiger Generationen in unsere heutigen Ent-
30 scheidungen mit ein.

31
32 Energie ist ebenso wie Luft, Wasser und andere natürliche Ressourcen
33 Lebensgrundlage unserer Zivilisation. Die heutige Art, mit Ener-
34 gie umzugehen und Ressourcen zu verschwenden, hat keine Zukunft
35 mehr. Die Natur reagiert auf menschliche Einflüsse. Der Klimawan-
36 del gehört zu den größten globalen Gefahren. Das weltweite Wachs-
37 tum des Energiebedarfs und die Zunahme des Naturverbrauchs ma-
38 chen rasches Umsteuern zwingend erforderlich.

40 **Technologie und 41 gesellschaftliche Verantwortung**

42
43 Ein besseres Leben mit höherem Wohlstand ist möglich, und zwar
44 nicht nur hier und heute, sondern weltweit und auch für kommende
45 Generationen. Die ökologischen und sozialen Probleme der modernen
46 Welt können wir mit den Mitteln der modernen Welt lösen. Das Wis-
47 sen und das Können der Menschheit eröffnen Möglichkeiten, die lan-
48 ge als undenkbar galten. Wir können Krankheiten besiegen, die un-
49 heilbar waren. Wir können den Hunger bekämpfen. Wir können mobil
50 sein mit einem Bruchteil der ehemals erforderlichen Antriebskraft. Die
51 Wirtschaft kann wachsen, ohne die Natur zu zerstören. Das alles ist
52 möglich, wenn wir unser Können entschlossen und vernünftig nutzen.
53 Wir fördern Ideen und Erfindergeist. Nutzen und Risiken neuer
54 Technologien prüfen wir unvoreingenommen darauf, ob sie der frei-
55 en Entfaltung, der Würde, der Sicherheit und dem sozialen Mitei-

1 nander der Menschen dienen. Wir wissen: Technische Neuerungen
2 brauchen gesellschaftliche Akzeptanz. Sie wächst in dem Maße, in
3 dem der Fortschritt das Leben verbessert und alle Menschen er-
4 reicht.

5

6 Bio- und Gentechnologie und die neuen Möglichkeiten der Medizin
7 führen uns in ethische Grenzbereiche. Ihre Erforschung und An-
8 wendung erfordern deshalb eine ethische Reflexion und breite Dis-
9 kussion. Wir suchen das Gespräch darüber mit der Wissenschaft
10 ebenso wie mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Die
11 Würde des menschlichen Lebens darf in all seinen Phasen nicht an-
12 getastet werden. Am Verbot des gezielten genetischen Eingriffs in
13 die menschliche Keimbahn halten wir fest.

14

15 **Ressourcensicherung, Klimaschutz** 16 **und natürliche Lebensgrundlage**

17
18 Ressourcenverfügbarkeit ist die Voraussetzung für alle wirtschaftli-
19 chen und zivilisatorischen Aktivitäten. Deshalb ist die Sicherung
20 der Ressourcenbasis ein existentielles Grunderfordernis für jedwe-
21 des Gemeinwesen. Aus Gründen internationaler Zusammenarbeit
22 und der Friedenssicherung muss die Ressourcensicherung in einer
23 Weise erfolgen, die anderen Gesellschaften nicht die für diese
24 ebenso unverzichtbaren Ressourcen nimmt. Das gilt für Energie,
25 Rohstoffe, Wasser und Bodenfruchtbarkeit.

26

27 Die Nutzung von Energie- und Rohstoffen erfolgt in modernen Ge-
28 sellschaften durch deren Umwandlung mit entsprechenden Tech-
29 nologien. Dabei entstehen unvermeidlich Verluste. Enthalten die
30 Ressourcen Schadstoffe, so werden diese bei der Umwandlung frei-
31 gesetzt und gefährden damit die Gesundheit der Menschen und
32 die natürlichen Lebensgrundlagen, je mehr solche Ressourcen ge-
33 nutzt werden.

34

35 Seit Beginn des Industriezeitalters wurde in wachsendem Maße auf
36 begrenzt vorhandene und damit erschöpfliche Ressourcen gesetzt.
37 Beim Einsatz fossiler Energien kommt hinzu, dass diese schadstoff-
38 haltig sind und wegen der ständig gesteigerten Bedarfsmengen
39 zur globalen Umweltkrise geführt haben, die den Fortbestand der
40 Zivilisation gefährdet, insbesondere in Form von Klimakatastro-
41 phen. Die Atomenergie erschien vielen als die große Hoffnung für
42 das nahende postfossile Zeitalter. Sie kann diesen Hoffnungen aus
43 vielerlei mittlerweile erkannten Gründen nicht entsprechen, unter
44 anderem wegen unverantwortlicher Unfallrisiken und der Hinter-
45 lassenschaft atomaren Mülls für zehntausende von Jahren. Keine
46 Generation darf kommende Generationen für derartige Zeiträume
47 eine solche Last aufbürden.

48

49 Für uns ist es deshalb eine Schlüsselaufgabe für das 21. Jahrhun-
50 dert, den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen und von
51 schadstoffhaltigen zu schadstofffreien Ressourcen konsequent zu
52 realisieren. Unser Ziel ist das solare Zeitalter.

53

54 Angesichts der umfassenden Potentiale und bereits vorhandener
55 Technologien ist das nicht nur möglich, es ist auch die große Chan-

1 ce, die zivilisatorischen Fortschritte der modernen Wirtschaftsent-
2 wicklung aufrecht zu erhalten und die gesamte Menschheit daran
3 teilhaben zu lassen. Voraussetzung dafür ist ein breiter Struktur-
4 wandel zu neuen dezentralen Formen der Energiebereitstellung.
5
6 Die größte Brücke dahin ist die Effizienz- und Einsparrevolution, die
7 zu wesentlich vermindertem Energieeinsatz und Umwandlungsver-
8 lusten führt. Damit ist es möglich, den tatsächlichen Energieeinsatz
9 der Menschen bis zum Jahr 2020 zu halbieren und bis Mitte des
10 Jahrhunderts um den Faktor 4 zu senken. Dies und der gleichzeitige
11 Wechsel zu erneuerbaren Energien erfordert vielfältige neue Tech-
12 nologien und ermöglicht das Entstehen zahlreicher neuer Arbeits-
13 plätze in Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsberufen sowie
14 in der Land- und Forstwirtschaft. Wir leisten damit den wichtigsten
15 Beitrag zur Vermeidung internationaler Ressourcenkonflikte, für die
16 wirtschaftliche Entwicklung der bisher nicht industrialisierten
17 Welt, und zur Überwindung existenzieller Energieabhängigkeiten,
18 die ganze Staaten erpressbar gemacht haben. Erneuerbare Ener-
19 gien sind überall die jeweils größten und auf Dauer verfügbaren
20 heimischen Energiepotentiale. Gleichzeitig senken wir den Wasser-
21 verbrauch und leisten damit einen Beitrag zur Überwindung von
22 Wasserkrise, weil die Förderung und der Einsatz atomarer und fos-
23 siler Energieressourcen einen großen Wasserbedarf erfordern.
24
25 Die Substitution der nicht erneuerbaren Energien muss dabei bei
26 denjenigen Energien vorrangig ansetzen, deren Reserven sich frühzei-
27 tiger erschöpfen, also bei Erdöl und Erdgas, und bei denjenigen, für
28 die wir auf Importe angewiesen sind. Das heißt, dass es unter den
29 fossilen Energieträgern einen Vorrang für die heimische Kohle gibt.
30
31 Wir sind stolz darauf, seit 1998 als Regierungspartei den Weg zum
32 Solarzeitalter eingeschlagen und dabei eine weltweite Vorreiterrol-
33 le übernommen zu haben. Um diese Entwicklung auch weltweit zu
34 beschleunigen, betreiben wir die Einrichtung einer Internationalen
35 Regierungsagentur für erneuerbare Energien (IRENA).
36
37 Auch auf dem Gebiet der industriellen Rohstoffe zielen wir darauf,
38 diese durch erneuerbare Rohstoffe so weit wie möglich zu ersetzen,
39 was insbesondere im Bereich der chemischen Grundstoffe möglich
40 ist und die Zukunft der chemischen Industrie sichert. Auch für den
41 Bereich mineralischer Rohstoffe ist mit unbegrenzt verfügbaren Er-
42 satzstoffen eine Ressourcensicherung möglich, worauf wir einen
43 technologiepolitischen Schwerpunkt legen. Mit gleicher Intensität
44 setzen wir auf die Steigerung der Materialeffizienz, die Steigerung
45 der stofflichen Produktivität und auf Wiederverwertungsverfahren.
46 Dieses führt zur Materialeinsparung und zur Müllvermeidung. Es
47 hilft Umweltschäden zu vermeiden. Mit diesen Investitionen zur
48 Ressourcensicherung entsteht eine moderne Kreislaufwirtschaft
49 mit dauerhaften Chancen für mittlere und kleinere Unternehmen
50 auf regionaler und kommunaler Ebene.
51
52 Die Aufnahmemöglichkeiten der Erde für schädliche Emissionen
53 sind an ihre Grenzen gelangt. Um die Erderwärmung auf ein ver-
54 trägliches Maß zu begrenzen, muss der weltweite Ausstoß von
55 Treibhausgasen bis 2050 halbiert werden.

1 Das Kyoto-Abkommen ist nur ein Anfang. Wir setzen auf weitere,
2 ehrgeizigere Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen.
3 Deutschland muss auch hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Die
4 Entwicklungs- und Schwellenländer brauchen moderne Technolo-
5 gien, um ohne Umwege in klimaverträgliche Energiegewinnung
6 und Energienutzung einzusteigen.

7
8 Durch die Veränderung des Klimas rückt die unvermeidbare Gefahr
9 von Naturereignissen immer mehr ins Bewusstsein. Niemand kann
10 wirklich vor Elementarschäden wie Hochwasser, Stürmen oder
11 Schneelast sicher sein. Darum brauchen wir mehr Vorsorge und ei-
12 ne planmäßige Schadensabsicherung.

14 **Mobilität und Lebensqualität**

15
16 Sich frei bewegen und weite Distanzen in kurzer Zeit überwinden zu
17 können, ist für viele Menschen ein großer Gewinn. Unsere Kultur ist
18 vom persönlichen Lebensalltag bis hin zur wirtschaftlichen Arbeits-
19 teilung auf dem Weltmarkt ohne Mobilität nicht denkbar. Die Ver-
20 kehrswirtschaft ist ein Wachstumsträger. Die Logistik bietet Lösun-
21 gen für komplizierte Herausforderungen bei der Güterversorgung.

22
23 Wir fördern notwendige und gewünschte Mobilität. Sie ist aber
24 kein Selbstzweck. Wo Wege überflüssig sind, wollen wir sie durch
25 bessere Logistik und eine klügere Siedlungsentwicklung vermeiden.
26 Wir investieren auf hohem Niveau in unsere Verkehrsinfrastruktur.
27 Dabei gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit. Vorrang haben daher die
28 ökologisch jeweils günstigsten Verkehrsträger und kombinierten
29 Verkehre. Wir wollen einen modernen und leistungsfähigen Schie-
30 nenverkehr. Er hat für das Zusammenwachsen Europas eine große
31 Bedeutung. Er sichert die Lebensqualität der Städte und Regionen.
32 Der Öffentliche Personennahverkehr bleibt für uns eine öffentliche
33 Aufgabe. Wo er fehlt, das zeigen die Erfahrungen vieler außereuro-
34 päischer Städte, sind Luftverschmutzung und Flächenverbrauch die
35 Folge. Bus und Bahn müssen wirtschaftlicher werden. Aber wir wer-
36 den sie mit öffentlichen Mitteln unterstützen.

37
38 Das Auto wird in unserer Zeit neu erfunden. Der alte Gegensatz
39 zwischen dem motorisierten Individualverkehr und der Umwelt be-
40 ginnt sich deutlich zu entschärfen. Dieser Schritt ist für die Energie-
41 wende und den Klimaschutz auch dringend erforderlich. Eine höhe-
42 re Effizienz von Antriebstechniken und Motoren und die Einfüh-
43 rung biologischer Treibstoffe leisten einen Beitrag, die Umwelt zu
44 entlasten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kraftfahrzeugsteuer
45 künftig nach dem Kohlendioxid-Ausstoß bemessen wird. Die Chan-
46 cen der Hybrid-, der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie
47 wollen wir entschlossen nutzen.

49 **Schutz der Natur und der Tiere**

50
51 Wir wollen unser nationales Naturerbe schützen und bewahren.
52 Dazu ist es nötig, Naturschutz konsequent durchzusetzen und den
53 immer noch wachsenden Flächenverbrauch durch Infrastruktur,
54 Wirtschaft und Wohnen deutlich zu reduzieren. Wir brauchen Räu-
55 me der Erholung und Muße. Die Bewahrung der Natur in ihrer ein-

1 zigartigen Vielfalt und ihrem faszinierendem Artenreichtum ist für
2 uns unverzichtbarer Beitrag, um die Lebensqualität für uns und un-
3 sere Kinder und Enkel dauerhaft zu erhalten. Für uns gilt die ethi-
4 sche Verpflichtung zum pfleglichen Umgang mit der Natur auch
5 dort, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen daraus folgt.
6 Wir wollen Pflanzen und Tiere besser schützen. Wir wollen von der
7 Natur lernen und ihre Kräfte für ein besseres Leben nutzen.

8
9 Zum effektiven Schutz der Meere und Küstenregionen brauchen wir
10 durchsetzbare Sicherheitsstandards in Schifffahrt und Schiffbau
11 ebenso wie eine verantwortliche und nachhaltige Fischerei-Politik.

12
13 Artgerechte Haltung muss eine Selbstverständlichkeit in einer Ge-
14 sellschaft werden, die sich den respektvollen Umgang mit Tieren
15 zum Ziel erklärt hat. Tierquälerei ist konsequent zu bekämpfen.
16 Tierversuche gilt es zu vermeiden, wo immer dies möglich ist. Das
17 Engagement von Tierschützerinnen und Tierschützern findet unse-
18 re Unterstützung.

19 20 **Entwicklung ländlicher Räume**

21
22 Die ländlichen Räume müssen sich den demografischen Verände-
23 rungen, dem wirtschaftlichen Fortschritt und nicht zuletzt dem
24 ökologischen Wandel stellen. Das Ziel unserer Politik für die ländli-
25 chen Räume ist die wirtschaftliche Stärkung der Regionen, die Er-
26 haltung und Schaffung einer geeigneten Infrastruktur und die Be-
27 wahrung der Kulturlandschaft.

28
29 Das Leben in den ländlichen Räumen wird noch immer von der
30 Landwirtschaft geprägt. Ländliche Regionen besitzen eigenständi-
31 ge Entwicklungschancen wie den Tourismus oder nachwachsende
32 Rohstoffe, die sehr eng mit der nachhaltigen Landbewirtschaftung
33 verknüpft sind. Wir unterstützen die regionale Vernetzung von Ak-
34 tivitäten, die das Ziel haben, die eigenen Kräfte der Regionen zu för-
35 dern.

36 37 **Nachhaltige Landwirtschaft**

38
39 Die Bedingungen für die Landwirtschaft in Deutschland werden
40 sich weiter wandeln. Die Internationalisierung der Agrarmärkte
41 setzt sich weiter fort. In der Europäischen Union setzen wir uns da-
42 für ein, die finanziellen Transferleistungen für die Landwirtschaft
43 an ihrem Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen
44 und der Kulturlandschaften auszurichten und eine nachhaltige Ent-
45 wicklung der ländlichen Räume zu ermöglichen.

46
47 Neue Marktchancen entstehen für anspruchsvolle Lebensmittel,
48 nicht zuletzt aus ökologischer Erzeugung und für nachwachsende
49 Rohstoffe. Wir befördern eine Landwirtschaft, die diesen wachsen-
50 den Bedarf decken kann und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen
51 wie Boden, Wasser und Luft schont. Der kulturelle Reichtum
52 vieler Nationen zeigt sich auch in den Landschaften, die durch die
53 agrarische Nutzung durch den Menschen entstanden sind. Diesen
54 Reichtum wollen wir bewahren. Landwirte und Verbraucher haben
55 einen Anspruch auf gentechnikfreien Anbau.

1 Wir wollen eine Landwirtschaft, in der sich eine umwelt- und tier-
2 gerechte Produktion lohnt. Landwirtinnen und Landwirte benöti-
3 gen mehr eigene wirtschaftliche Spielräume, um ihre Tätigkeit am
4 Markt auszurichten. Genossenschaften, neue Formen der Koopera-
5 tion innerhalb von Vermarktungsketten und andere klassische Zu-
6 sammenschlüsse landwirtschaftlicher Unternehmen bieten hier
7 die Chance, Marktpositionen gerade im Verhältnis zu einem stark
8 konzentrierten Lebensmitteleinzelhandel zu verbessern.

9
10 Ein so verstandener Fortschritt steht im Einklang mit den Interes-
11 sen zukünftiger Generationen und der Natur. Er stellt die Weichen
12 langfristig in Richtung einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebens-
13 weise.

14 15 **5. Unser Weg**

16
17
18 Wir gehen voran. Wir überlassen anderen das Beharren und Lamen-
19 tieren, die Verleugnung von Realitäten, den Egoismus und den Po-
20 pulismus.

21
22 **Wir sind die Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidari-**
23 **tät.** Die Einheit dieser drei Grundwerte, vereint im politischen Ziel
24 der Sozialen Demokratie, unterscheidet uns von allen anderen Par-
25 teien und politischen Interessen. Für die Werte und Ziele der Sozia-
26 len Demokratie wollen wir die Menschen in unserem Land gewin-
27 nen.

28
29 **Wir schaffen das Bündnis für Soziale Demokratie.** Eine Partei kann
30 immer nur so stark sein wie die Menschen, die ihre Werte und Ziele
31 teilen und unterstützen. Wir werben für ein politisches Bündnis,
32 das alle Teile der solidarischen Bürgergesellschaft zusammenführt.
33 Wir wollen Frauen und Männer, junge und alte Menschen für unse-
34 re Idee begeistern.

35
36 **Wir sind die Partei für das ganze Deutschland.** In unserer Partei
37 bündeln sich die Erfahrungen von eineinhalb Jahrhunderten Ge-
38 schichte, von Ost und West, von Nord und Süd, von Frauen und
39 Männern, von Alt und Jung, von verschiedenen Lebenslagen und
40 Gruppen. Dies ist unsere Stärke. Als linke Volkspartei wollen wir
41 Verantwortung für unser ganzes Land übernehmen – im Bund, in
42 den Ländern und in den Kommunen.

43
44 **Wir sind die Partei der engagierten Bürgerinnen und Bürger.** Als so-
45 ziale Bewegung sind wir mit unseren vielen Hunderttausend Mit-
46 gliedern selbst Teil einer solidarischen Bürgergesellschaft, in der
47 Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für ihr Gemeinwesen über-
48 nehmen und eine lebendige Demokratie schaffen. Gerade die ältere
49 Generation ist eine unverzichtbare Kraft dieser Bürgergesellschaft.
50 Wir wollen die Aktiven in den Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen,
51 Verbänden und Nichtregierungsorganisationen für die Soziale De-
52 mokratie gewinnen. Wir kämpfen gemeinsam mit allen Frauen und
53 Männern, die sich für echte Gleichstellung einsetzen. Wir werben
54 dafür, dass alle Menschen, die unser Land verbessern wollen, sich
55 als Mitglieder der SPD für ihre Ideen engagieren.

1 **Wir sind die Partei der Arbeit und der Wertschöpfung.** Die Soziale
2 Demokratie verbindet alle produktiven Kräfte unseres Landes: die
3 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen und Männer, die ein
4 Unternehmen leiten, die Selbstständigen im Handwerk und in den
5 freien Berufen. Wir treten ein für die Interessen der arbeitenden
6 Menschen und derjenigen, die von der Teilhabe an Arbeit ausge-
7 schlossen sind. Wir wollen gemeinsam mit ihnen die Arbeitsgesell-
8 schaft der Zukunft gestalten.

9
10 **Wir sind die Partei der Bildung, der Wissenschaft und des Fort-
11 schritts.** Wissen heißt freie Entfaltung des Menschen. Wissen ist eine
12 Produktivkraft von wachsender Bedeutung für unsere Gesell-
13 schaft. Wir suchen das Bündnis mit all denen, die Wissen mehren,
14 Wissen vermitteln und zum Wohl aller Menschen nutzbar machen.
15 Wir wollen einen Fortschritt in gesellschaftlicher Verantwortung.
16 Die Idee der Sozialen Demokratie zieht ihre Kraft auch aus den Im-
17 pulsen der Wissenschaften aller Disziplinen.

18
19 **Wir sind die Partei der Kultur.** Die Idee der Sozialen Demokratie fin-
20 det ihren Ausdruck in der Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern,
21 von Denkern und Kreativen. Wir wollen mit ihnen gemeinsam Kritik
22 üben, wo Kritik nötig ist, und Ideen für ein gutes Leben entwickeln.

23
24 **Wir sind die Partei der internationalen Solidarität.** Wir treten ent-
25 schlossen ein für die Interessen auch der benachteiligten Weltre-
26 gionen. Wir arbeiten für Frieden und globale Gerechtigkeit. Wir un-
27 terstützen internationale soziale Bewegungen in ihrem Einsatz für
28 eine bessere Welt. Menschen aller Kulturen und Religionen finden
29 in der Sozialen Demokratie ihre politische Heimat. Als Mitglied der
30 Sozialistischen Internationale und der Sozialdemokratischen Partei
31 Europas sind wir Teil einer starken politischen Familie, mit der wir
32 für die Idee der Sozialen Demokratie streiten.

33
34 **Wir sind die Partei der solidarischen Mitte.** Unsere Partei hat Hun-
35 derttausende Mitglieder, aber es gibt Millionen von Menschen, die
36 so denken und empfinden wie wir. Viele Menschen wollen unab-
37 hängig von ihrer eigenen Lebenslage eine bessere und gerechtere
38 Gesellschaft. Um gleiche Rechte für die Benachteiligten durchzu-
39 setzen, braucht es die Solidarität derer, die weniger auf gesell-
40 schaftliche Unterstützung angewiesen sind. Die solidarische Mitte
41 hat die Soziale Marktwirtschaft möglich gemacht und sie wird das
42 Land auch in Zukunft mit ihrer Leistung und ihrer Solidarität zu-
43 sammenhalten. Wir wollen die solidarische Mitte in unserem Land
44 verbreitern und für die Soziale Demokratie gewinnen. Wir wollen
45 die Mehrheit in unserem Land davon überzeugen, dass soziale Ge-
46 rechtigkeit die eigentliche Bestimmung des Menschen ist und allen
47 Nutzen bringt.

48
49
50
51
52
53
54
55

Wir richten den Blick nach vorn.